Volksstimme

Einzelpreis 200 Mk.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 4800 Mark. — Anzeigengebühr: Die 10gespaltene Nonpareillezeile 1100 Mark, auswärts 1400 Mark, im Reklameteil Zeile 4500 Mark, auswärts 5500 Mark. Vereinskalender Zeile 1300 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postscheckkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 143. Magdeburg, Sonnabend den 23. Juni 1923. 34. Jahrgang.

Unser Stückchen Brot.

Der Reichstag hat am Mittwoch das Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr verabschiedet. Dieses Gesetz war die zwangsläufige Folge des Beschlusses der bürgerlichen Parteien, die Getreideumlage aufzuheben. Die Sozialdemokratie hat gegen diesen Antrag gestimmt. An dieser Haltung wird auch durch ihre jetzige Zustimmung zu dem neuen Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung nichts geändert. Für die freie Wirtschaft mit Getreide ist im Reichstage eine sichere Mehrheit vorhanden. Jetzt handelte es sich aber nur noch darum, die durch die Aufhebung der öffentlichen Brotversorgung und das Steigen der Brotpreise in schwere Bedrängnis geratenden Volkskreise vor den Gefahren dieser freien Wirtschaft zu schützen. Auch die bürgerlichen Parteien konnten sich dieser Pflicht nicht entziehen. Sie waren gebunden durch die öffentliche Meinung, die einen solchen Schutz verlangt und durch die Entschließung, die sie selbst im April angenommen hatten. In dieser Entschließung war erklärt worden, daß eine Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Kriegsopfer, Kleinrentner, Erwerbslosen, Armengeldempfänger und der Kinderreichen zu rechnen ist, unter Deckung der erforderlichen Mittel durch Belastung des Besitzes im weitesten Umfange zu bewirken sei. Der Ausführung dieses Beschlusses und der wirtschaftlichen Sicherung der Brotversorgung galt deshalb der Gesetzentwurf.

Ursprünglich war beabsichtigt, die Brotversorgung durch die Aufbringung einer Reserve bis zu 3½ Millionen Tonnen zu sichern. Davon sollten mindestens 1¼ Millionen Tonnen Inlandsgetreide zu freien Marktpreisen angekauft werden. Gegen diese Reglung hatte die Sozialdemokratie von Anfang an große Bedenken. Da die freie Wirtschaft grundsätzlich beschlossen war, bedeutete die von der Regierung beabsichtigte Schaffung einer sehr großen Reserve die Aufbürdung eines gewaltigen Risikos auf das Reich, die Belastung des Reiches mit den sehr hohen Verwaltungskosten und die Gefahr starker Steigerung der Getreidepreise durch den Kauf großer Mengen durch die Regierung. Die Sozialdemokratie verlangte deshalb die Erwerbung einer Reserve bis zu einer Million Tonnen ausländischen Getreides, da diese Menge voll ausreicht, um zeitliche und örtliche Notstände in der Brotversorgung und den Versuch der Preistreiberei zu bekämpfen. Es wurde beschlossen, daß das Reich zur Sicherstellung der Versorgung eine Million Tonnen Brotgetreide zu erwerben hat. Zwar ist damit nicht gesetzlich festgelegt, daß die Reserve nur aus Auslandsgetreide zu bestehen hat, ist jede Regierung aber unter dem Drucke der öffentlichen Meinung gezwungen, den Versuch der spekulativen Preistreiberei durch das Einsetzen der Reserve zu bekämpfen. Ferner ist bestimmt worden, daß die öffentliche Brotversorgung bis zum 15. September, statt 15. August, fortdauert und daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats in der Lage ist, sie ganz oder teilweise bis zum 15. Oktober fortzusetzen.

Damit ist, soweit das bei freier Wirtschaft überhaupt möglich ist, Sicherheit gegen das Entstehen von Gefahren für die Brotversorgung während der Uebergangszeit von der alten zur neuen Ernte gegeben. Die Kommunisten gebärdeten sich hierbei als freiwillige Regierungspartei. Ihre Anträge sahen zum allergrößten Teil die Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor, obwohl damit keine Verbesserung, sondern eine wesentliche Verschlechterung des Gesetzes verbunden gewesen wäre. Zu solcher Stellung kommt man meistens, wenn man nur aus Unkenntnis und Agitationsbedürfnis handelt.

Der zweite Teil des Gesetzes regelt die Aufbringung der Mittel zur Verbilligung des Brotes für die Bedürftigen. Er enthält deshalb den wichtigern Teil des Gesetzes. Hier hat es langer und hartnäckiger Auseinandersetzungen bedurft, um zu einem Ergebnis zu kommen, das den Forderungen der Sozialdemokratie einigermaßen entsprach. Im vergangenen Jahr hatten wir zwar die Umlage. Aber da der Umlagepreis für Getreide in der zweiten Hälfte des Jahres dem freien Marktpreis entsprach, so war die Umlage keinerlei Belastung für die Landwirtschaft. Dafür aber eine um so größere Belastung für die Reichskasse. Sie hat viele hundert Milliarden Mark für die Brotverbilligung hergeben müssen, die bei den jetzigen deutschen Steuerverhältnissen von denen aufgebracht wurden, die das Markenbrot erhielten. Die angebliche Verbilligung war also gar keine. Was dem Lohn- und Gehaltsempfänger durch billigeres Brot an Ausgaben erspart wurde, das wurde ihm durch die Inflationssteuer in vielfacher Höhe genommen. Einer der größten Vorzüge des neuen Gesetzes ist deshalb darin zu erblicken, daß Reichsmittel für Brotverbilligungszwecke künftig nicht mehr erforderlich werden. Alle Beträge, die für diesen Zweck beansprucht werden, müssen durch Belastung des Besitzes aufgebracht werden.

Zu dem Prinzip der Besitzbelastung hatten sich die bürgerlichen Parteien bereits verpflichten müssen bei der Aufhebung der Getreideumlage. Es war unverkennbar, daß Bestrebungen im Gange waren, sich ihm jetzt, wo es an die Verwirklichung dieses Beschlusses ging, zu entziehen. Die Sozialdemokratie hat das verhindert. Unermüdlich haben ihre Vertreter darauf hingewiesen, daß es der Notlage der hilflosesten Kreise unsrer Bevölkerung zu steuern gilt und daß nur bei restloser Einlösung des Versprechens die Sozialdemokratie diesem Gesetz ihre Zustimmung geben könne. Es kam schließlich zu einer Einigung aller bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie auf folgender Grundlage:

> Von den Vermögen, die der Zwangsanleihe unterliegen, wird als einmalige Abgabe das Sechsfache der Zwangsanleihe erhoben. Nur Besitzer fest verzinslicher Werte usw. sind ausgenommen. Die Abgabe ist je zur Hälfte am 1. August 1923 und am 2. Januar 1924 fällig. Sie wird um den Betrag erhöht, um den der Roggenpreis von 120 000 Mark für den Zentner in der Zeit vom 1. bis 15. Juli bzw. vom 1. bis 15. Dezember sich erhöht. Für verspätete Zahlung werden Verzugszinsen von 15 bzw. 30 Prozent pro Monat erhoben.

Zum erstenmal ist also eine Reichssteuer wertbeständig gemacht worden. Dadurch ist der Gefahr vorgebeugt, die seinerzeit die Zwangsanleihe völlig entwertet hat. Es ist ferner bestimmt worden, daß, wenn für den Fall unvorhergesehenen Anwachsens der Zahl der Bedürftigen die erzielten Mittel nicht ausreichen, die Aufbringung weiterer Mittel erneut durch die Belastung des Besitzes durch Gesetz zu regeln ist.

Die Sozialdemokratie hatte zwar ursprünglich die zehnfache Zwangsanleihe verlangt. Keine der bürgerlichen Parteien war aber dafür zu haben. Die Deutschnationalen, die Deutsche und die Bayrische Volkspartei und die Demokraten wollten das Dreifache und außerdem den Gesamtbetrag auf 1200 Milliarden begrenzen. Das Zentrum wollte das Vierfache erheben. Was endgültig beschlossen wurde, geht weit über die ursprünglichen Zugeständnisse aller bürgerlichen Parteien hinaus. Es wird im Gesamtbetrage etwa 1800 Milliarden ergeben; falls die Geldentwertung aber fortschreitet im entsprechenden Maße mehr.

Diese Wertbeständigkeit der Abgabe erleichterte der Sozialdemokratie, die Forderung nach zehnfacher Abgabe in einer Zahlung fallen zu lassen. Gewiß ist es auffällig, daß bei der bekannten Steuerscheu der bürgerlichen Parteien diese Reglung die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden hat. Aber die Erklärung dafür ist nicht allzuschwer. Sie liegt in drei Tatsachen: 1. Steht die aufzubringende Summe im Verhältnis zu der ursprünglichen Last der Zwangsanleihe in Höhe von einer Milliarde Goldmark, 2. konnten die bürgerlichen Parteien ihrer sonstigen Abneigung gegen Besitzbelastung nicht freien Spielraum lassen, weil es sich um das Schicksal der Opfer des Krieges und der Geldentwertung handelt, die zum Teil im Lager der bürgerlichen Parteien stehen, 3. waren die bürgerlichen Parteien nicht frei in ihrer Entschließung, weil es zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bereits zu einer Verständigung gekommen war, die den andern bürgerlichen Parteien die Freiheit ihrer Entschließung nahm.

Es ist deshalb ein Schlag gegen die Arbeiterklasse, wenn die Kommunisten die Haltung der Sozialdemokratie wie üblich als Verrat bekämpfen. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Kommunisten im Ausschuß nur die vierfache Abgabe beantragten, als die Sozialdemokratie das Zehnfache forderte. Ist auch die Lösung nicht nach jeder Richtung hin ideal, so ist sie doch ein Schutz für die hilflosen Kreise der Bevölkerung gegenüber der freien Getreide- und Brotwirtschaft. —

Der blamierte Wirtschaftsminister.

Das Reichswirtschaftsministerium hat angekündigt, daß der Forderung der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Ausfuhrabgaben in schleunigster Beratung entsprochen werden soll. Die Ankündigung ist das Eingeständnis eines schweren und kaum zu verantwortenden Fehlers des jetzigen volksparteilichen Wirtschaftsministers Becker.

Eine seiner ersten Taten nach der schlecht fundierten Stützungsaktion war die fast völlige Beseitigung der Ausfuhrabgabe. Das war um so mehr ein Liebesdienst für die Unternehmer, als der Reichswirtschaftsminister nach seinen eignen Bekundungen sich bereits bei Beginn der Stützungsaktion ihrer nur vorübergehenden Wirkung bewußt war. Danach hat er die Beteiligung des Reiches an den Exportgewinnen freiwilli preisgegeben.

Die Abwendung von dieser Haltung ist dem volksparteilichen Wirtschaftsminister sehr schwergefallen. Es ist ihm mehr als unangenehm, jetzt zugestehen zu müssen, daß die Haltung der Sozialdemokratie und des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers die richtige gewesen ist. —

Vorauszahlung von Einkommensteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Zentrumsantrag auf Erhöhung der vierteljährlichen Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer. Nach diesem Antrag sollen die Vorauszahlungen vom 15. August ab für die Einkommensteuer um das 25fache, für die Körperschaftssteuer um das 35fache erhöht werden. Die Sozialdemokratie vertrat demgegenüber die Anschauung, daß die Erhöhung der Vorauszahlungen nicht willkürlich vorgenommen werden dürfe, sondern daß ein bestimmter Grundsatz, und zwar die durchschnittliche Lohnsteigerung, zum Maßstab genommen werden müsse. Da die Regierung diesen Weg im gegenwärtigen Augenblick als unannehmbar bezeichnete, beantrage die Sozialdemokratie,

1. daß die Erhöhung der Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer das 30fache,
2. bei der Körperschaftssteuer das 40fache betragen soll,
3. daß die Ermächtigung des Reichsfinanzministeriums, Erhöhungen der Vorauszahlungen vorzunehmen, auch für den nächsten Termin ab 15. August gelten soll und
4. daß bei der Körperschaftssteuer ebenso wie bei den einzelnen Steuerpflichtigen die bei jedem Termin geltenden Vorauszahlungen verfünffacht werden, sofern die Gesellschaften vor dem 1. Juni 1922 ihre Bilanz abgeschlossen haben.

Bei der Abstimmung wurden alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Beschlossen wurde, daß die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer auf das 25fache erhöht werden und daß der Reichsminister der Finanzen ermächtigt ist, für die am 15. November 1923 und am 15. Februar 1924 fälligen Vorauszahlungen eine andre Erhöhung zu bestimmen. Bei Abschlüssen vor dem 1. Juli 1922 ist die zu leistende Vorauszahlung zu vervierfachen. Die Erhöhung der Vorauszahlungen tritt nicht ein, sofern das Einkommen hauptsächlich aus Lohnarbeit oder Erträgen fest verzinsbarer Werte besteht. Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftssteuer werden auf das 35fache festgesetzt. Bei Gesellschaften, die vor dem 30. September 1922 bilanziert haben, soll als weitere Vorausbezahlung das 100fache des Betrags entrichtet werden, den sie bis zum 1. Mai zu entrichten hatten.

Entspricht diese Reglung auch nicht voll den Erfordernissen, die die trostlose Finanzlage des Reiches stellt, so werden durch sie doch die schweren Fehler des Geldentwertungsgesetzes und die zu niedrige Bewertung anerkannt und es wird zugegeben, daß die Höhe der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer ebenfalls der Geldentwertung während des Steuerjahres angepaßt werden muß. Langsam und unvollkommen zwar, aber doch unaufhaltsam sind die bürgerlichen Parteien gezwungen, den von der Sozialdemokratie für die Steuergesetzgebung immer vertretenen Anschauungen Rechnung zu tragen. —

Wo rohe Kräfte sinnlos walten . . .

Der Preußische Landtag stellte am Donnerstag zunächst 24 Milliarden für die Urbarmachung von staatlichen Mooren in Hannover und Schleswig-Holstein und 1 800 000 Mark für Bedeichungsarbeiten in Schleswig zur Verfügung. Ohne Aussprache wird die Novelle zur Lehrer- und Beamtenbesoldung angenommen. Dann wird die Aussprache zum Haushalt fortgesetzt.

Wie am Mittwoch Genosse Heilmann mit den Deutschnationalen, so rechnete nun Genosse Limbertz mit den Kommunisten ab. Gegenüber den unwiderleglichen Tatsachenberichten der Betriebsräte und Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes, die Genosse Limbertz den Kommunisten unter die Nase rieb, wußten die sonst mundgewandten Herren auf der äußersten Linken absolut nichts zu erwidern. Diese Berichte aus dem gesamten Ruhrgebiet bedeuten ein bleibendes Schandmal für die Kommunistische Partei. Ueberall waren die Bergleute gegen den Streik, da im Ruhrgebiet unter anormalen Verhältnissen ein Streik im gewöhnlichen Sinne des Wortes gar nicht geführt werden kann. Aber überall haben kommunistische Garden, junge Schnösel und unlautere Elemente die Belegschaften so lange terrorisiert, bis da und dort den Arbeitern die Galle überlief. Wo ihnen die Arbeiter ebenfalls mit Knüppeln oder Beilen bewaffnet entgegentraten, war der kommunistische Spuk bald verschwunden. Auf den Zechen wurde von den kommunistischen Banden geplündert und gestohlen, was nicht niet- und nagelfest war. Das Lumpengesindel brachte sogar das Leben der Bergleute in Gefahr durch Beschädigung und Zerstörung von Grubeneinrichtungen und Schachtanlagen.

In den kommunistischen Hundertschaften liefen die Leute mit Waffen herum, die sie auf Grund französischer Waffenscheine trugen. Das Techtelmechtel zwischen Kommunisten und Franzosen wurde mehrmals einwandfrei festgestellt. Ihre Versammlungen fanden zum Teil unter dem

Schutze der Franzosen statt. In Oberschlesien aber haben sich Kommunisten offen mit den Hakenkreuzlern verbündet. Nicht rechtsradikale Sabotageakte und nicht kommunistischer Aufruhr, erklärte Genosse Limbertz zum Schlusse mit eindrucksvollen Worten, sondern die planmäßige, zielbewußte Arbeit und Abwehr der organisierten Arbeiter allein können uns helfen.

Nach dem Zentrumsabgeordneten v. Papen, der den von den Deutschnationalen geforderten parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum schlesischen Landarbeiterstreik ablehnt, zieht der Demokrat Nuschke die Bilanz der großen innenpolitischen Aussprache: der Entschluß der Koalitionsparteien, die Regierung auch weiterhin zu unterstützen. Auch der Wirtschaftsparteiler Drewitz hebt hervor, daß die Art der deutschnationalen Angriffe gegen Severing alles Dagewesene übersteige. Der Minister habe sich als wirklicher und seiner Verantwortung bewußter Staatsmann erwiesen. Noch einmal versuchte der deutschnationale Rufer im Streite, Baecker, unter fürchterlichem Stimmenaufwand nach der verlornen Schlacht die eine oder andre Stellung zu retten.

In wohltuendem Gegensatz zu der fürchterlichen Aufregung des Herrn Baecker stand die Ruhe und Sicherheit, mit der der Innenminister, Genosse Severing, eine Reihe neuer und alter Vorwürfe zurückwies. Er stellt deutschnationalen Presseangriffen gegenüber fest, daß die Recherchen über Vorgänge in Münster zwar von preußischen Kriminalbeamten ausgeführt, aber auf die Aufforderung einer Reichsstelle zurückzuführen waren, die von den dortigen Erscheinungen den allerungünstigsten Einfluß auf die Verhandlungen gegen die Krupp-Direktoren befürchtete. Beim schlesischen Landarbeiterstreik seien zwar Terrorakte vorgekommen, aber die deutschnationale Presse habe hundertmal übertrieben. Der Selbstschutz gewisser Arbeitgeber zog in bewaffneten Trupps auf, und nur mit Mühe konnten schwere Zusammenstöße vermieden werden. Deutsch und national wäre es, so schließt der Minister, anzuerkennen, daß die deutschnationalen Anklagen, er sei schuld an Hauensteins Verhaftung, falsch sind. Statt dessen verleumden sie weiter.

Mit der Rede des Innenministers schließt die allgemeine Aussprache. Bei der Einzelberatung gibt die bürgerliche Mehrheit dem Staatsrat einen eignen Haushalt. Kurz beleuchtet Genosse Limbertz beim Haushalt der Berg- und Hüttenverwaltung die Lage der Bergarbeiter. Mit der Annahme verschiedener Haushalte, darunter des der allgemeinen Finanzverwaltung und des Landtags, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr. —

Schlageter — ein polnischer Spitzel.

Der Verlauf der Debatte im Preußischen Landtag hat vor allem das eine Gute gezeitigt, daß er dem Volke vor Augen führte, in welchem Maße die nationalistischen Geheimorganisationen von Verrätern und Spitzeln durchsetzt sind, die sich nicht scheuen, für fremdes Geld ihre angeblichen Gesinnungsfreunde gegnerischen Gerichten auszuliefern. Schlageter ist ein Opfer derartiger Spitzeltätigkeit geworden — aber er selbst war nicht von besserer Gesinnung als seine jetzt verhafteten Verräter. Das beweist eine Zuschrift des Danziger Korrespondenten des „Soz. Parlamentsdienst", die sich auf äußerst zuverlässige Angaben stützt und in der es unter anderm heißt:

Schlageter hat sich vor dem Beginn des Ruhrabenteuers mehrere Monate auch in Danzig aufgehalten, das seines deutschnationalen Senats wegen von den deutschen Reaktionären neben München als deutsche „Ordnungszelle" angesehen wird. Schlageter war von deutschen Geheimverbänden zu irgendwelchen Zwecken nach Danzig entsandt worden. Hier führte er dasselbe nichtstuerische Leben wie der Harden-Attentäter, das heißt er trieb sich wochenlang täglich in Bars, Dielen und Cafés herum. Als seine Geldmittel infolge des kostspieligen Schlemmerlebens zur Neige gingen, versuchte er bei amtlichen deutschen Stellen unter Hinweis auf seine „nationale Betätigung" weitere Geldmittel flüssig zu machen. Dieses scheint ihm nicht in genügender Weise gelungen zu sein; denn er trat bald darauf zu der polnischen Spitzelagentur in Danzig in nähere Beziehungen. Als intimer Bekannter des polnischen Oberspitzels in Danzig verkehrte er mit diesem öffentlich in Danziger Gaststätten. Der Nachweis ist erbracht, daß Schlageter den Polen deutsche Geheimdokumente verkauft hat. Ob es sich hierbei um echte Dokumente oder um Fälschungen handelte, entzieht sich unsrer Kenntnis. Gefälschte Dokumente können unter Umständen für das deutsche Volk aber noch schlimmere Folgen haben als echte Geheimdokumente. Die polnische Spionage-Agentur war auf jeden Fall mit der Tätigkeit Schlageters höchst zufrieden. Abgesehen von den politischen schweren Folgen, die dem deutschen Volk aus dieser Tätigkeit Schlageters erwachsen sind, ist auch dieser Fall für die Charakterlosigkeit der deutschvölkischen Helden, denen Feindesgeld über Vaterlandsinteresse geht, kennzeichnend.

Diese Feststellungen werden unsre „nationalen Kreise" selbstverständlich nicht davon abhalten, weiterhin für Schlageter-Straßen bzw. -Denkmäler Propaganda zu machen und den Spion Schlageter als Nationalhelden zu feiern. Aber Anreißerei wird etwas mühseliger werden. —

Dollar Amtliche Notiz vom Donnerstag 127 000, Freitag mittag zirka **138 000 Mk.**

Aussperrung in Brandenburg a. d. H.

Seit Mitte Juni stehen die Arbeiter einer Reihe industrieller Betriebe in Brandenburg im Streike, der seit Donnerstag dieser Woche zu einer Aussperrung in der Metallindustrie geführt hat. Die von den Streikenden aufgestellten Forderungen, die sich auf eine Erhöhung der durch das Indexsystem errechneten Löhne beziehen, wurden nach Verhandlungen mit den Gewerkschaften von den Fabrikanten bewilligt. Außerdem wurde an Stelle der 14tägigen Teurungserrechnung die 8tägige Errechnung eingeführt. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte aber nicht, weil die unionistischen Elemente und ihr kommunistischer Anhang allerlei politische Forderungen aufstellten, u. a. die Errichtung proletarischer Hundertschaften.

Es kam bei dem Streike natürlich zu Ansammlungen, und das Schupokommando scheint dabei nicht gerade taktvoll vorgegangen zu sein, auch wurde der Belagerungszustand verhängt, so daß die Erregung unter der Arbeiterschaft sich noch steigerte. In die Berliner Presse wurden durch unverantwortliche Elemente Meldungen von Plünderungen gegeben, die den Tatsachen keineswegs entsprachen. Richtig ist nur, soweit unser Brandenburger Parteiblatt feststellen konnte, daß einige fremde Freibeuter, die bisher noch nicht festgestellt werden konnten, die Geschäftsleute mit Sammellisten brandschatzten und erhebliche Summen einstrichen, von denen die Streikenden keinen Pfennig erhalten haben. Die Herren wollen von der „Zentrale" gesandt sein.

Aus dieser Feststellung geht schon hervor, daß recht unlautere Elemente dort ihre Hand im Spiele hatten und anscheinend noch haben. Die Leute, die am Mittwoch zur Arbeit gehen wollten, wurden daran vor den Betrieben gehindert. In der Metallindustrie verhinderte die Streikleitung eine geordnete Abstimmung über die Beendigung des Streikes, trotzdem sie wußte, daß der Lohn für die Woche vom 23. bis 30. Juni der Lohn sein soll, der für die Berliner Metallindustrie vereinbart worden ist. Dieser Lohn beträgt 6500 Mark für die Facharbeiter.

Die Arbeitgeber der Metallindustrie haben nun ihrerseits beschlossen, die Betriebe zu sperren. Sie fordern die bisher Beschäftigten auf, Restlöhne und Papiere abzuholen. Soweit man die Sachlage von außen übersehen kann, handelt es sich in Brandenburg um ähnliche Vorgänge, wie sie der Abgeordnete Limbertz am Donnerstag im Landtag aus dem Ruhrrevier schilderte. Unverantwortliche Elemente nutzen die verzweifelte Stimmung der Arbeiter für ihre Zwecke aus und führen damit die Betroffenen noch tiefer ins Elend. Die Brandenburger Vorgänge sind ein Warnungssignal für die Regierung und für alle Unternehmer, die Dinge nicht erst auf die Spitze treiben zu lassen. Der Brand von Brandenburg könnte sonst leicht über das ganze Reich rasen und dann nicht mehr zu dämpfen sein. —

Meldungen von der Ruhr.

Goerges wird erschossen!

Der in Düsseldorf stationierte Revisionsgerichtshof der französischen Besatzungsarmee verwarf am Mittwoch nach kurzer Beratung die Revision des in Mainz wegen eines Sprengattentats zum Tode verurteilten Landwirtschaftslehrers Goerges.

Im Interesse der von der großen Mehrheit des deutschen Volkes erstrebten Verständigung ist dieser Spruch ebenso bedauerlich wie das Todesurteil selbst, ganz abgesehen davon, daß wir nach wie vor einem französischen Gericht nicht das Recht zugestehen können, über die Missetaten eines Deutschen zu urteilen, die in einem widerrechtlich besetzten Gebiet begangen wurden. Nach dem deutschen Gesetz hat sich Goerges strafbar gemacht — er muß dafür büßen. Aber diese gerechte Buße kann kein französisches Kriegsgericht festsetzen, und wir könnten deshalb die Vollstreckung der Hinrichtung des Goerges auch nur als neue Mordtat betrachten. Goerges ist geständig, sich gegen den passiven Widerstand und damit gegen das Volk vergangen zu haben. Er ist unser politischer Gegner, aber das kann uns nicht daran hindern, die Aussetzung der Vollstreckung des Todesurteils aus rein menschlichem Empfinden zu fordern.

Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt Regierungspräsident Grützner bei der englischen Regierung einen Schritt zu unternehmen, der den Zweck hat, die englische Unterstützung für eine Begnadigungsaktion zu erstreben.

Ueber das Geständnis Goerges teilt die „Frankfurter Zeitung" mit: Der Vater und der Bruder des Verurteilten, in Begleitung des Pfarrers Förster aus Hundisburg bei Magdeburg, haben Goerges am Sonnabend im Gefängnis besucht und konnten sich mit ihm ungehindert 2 Stunden unterhalten. Sie vernahmen von dem Verurteilten selbst, daß er aus freiem Antrieb das Geständnis abgelegt habe, das Attentat gegen die Rheingönheimer Eisenbahnlinie begangen zu haben. Goerges ist ruhig und gefaßt. Sein Bruder bleibt in seiner Nähe in Mainz. —

Zwei belgische Soldaten erschossen!

In Marl an der Lippe sind am Donnerstag morgen zwei belgische Posten niedergeschossen worden, ein dritter wurde schwer verletzt. Der Tatort wurde sofort militärisch abgesperrt; Repressalien sind zu erwarten. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Bahnhöfe freigegeben.

Der Bahnhof Dortmund-Süd und der Bahnhof Eving sind von den Franzosen geräumt und zur Aufnahme des Betriebs durch deutsches Personal zur Verfügung gestellt worden. Die Freigabe einer Reihe weiterer, dicht an der militarisierten Strecke gelegener Bahnhöfe bei Dortmund, wie Hörde, Hörde-Hachenau und Ober-Eving ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Durch die Freigabe des Verkehrs wird die Lebensmittel-Versorgung wesentlich erleichtert werden.

Die Strecke Dortmund-Ost und Eving ist durch Aufstellung eines Prellbocks für den Zugverkehr gesperrt worden. Bei der Besetzung des Bahnhofs Dortmund-Süd sind den Franzosen 25 Lokomotiven in die Hände gefallen. —

Notizen.

Die Mark soll wieder gestützt werden. Die Verhandlungen der Reichsregierung mit maßgebenden Persönlichkeiten der Wirtschaft über eine Neuauflage der Stützungsaktion wurden am Donnerstag fortgesetzt. Die Regierung plant eine wesentliche Beeinflussung des Devisenmarktes und Strafmaßnahmen ähnlich wie sie in der Tschechoslowakei und in Polen bereits bestehen. Nur ist sie sich noch nicht klar, wie ihre Pläne zur Durchführung gelangen können. Mit dem Reichsbank-Präsidenten, dessen Verschwinden die erste Voraussetzung für das Gelingen einer neuen Stützungsaktion ist, ist die Regierung nach wie vor gegen eine Devisenzentrale. Die Verhandlungen sollen am Freitag fortgesetzt werden. —

Wie Oberleutnant Hiller „büßt". Die „Rote Fahne" hat die Behauptung aufgestellt, der seinerzeit wegen der unnatürlichen Mißhandlung des Musketiers Helmhake zu längerer Freiheitsstrafe verurteilte frühere Oberleutnant Hiller befinde sich noch immer in Freiheit. Hiller, der einen kranken Untergebenen in den Karpathen buchstäblich zu Tode gefoltert hat, ist billig genug davongekommen. Immerhin, er ist verurteilt worden, sehr im Gegensatz zu andern Soldatenschindern. Nun erfahren wir, daß er höchstwahrscheinlich noch keinen Tag der ihm zudiktierten geringen Strafe abgebüßt hat. Wir sind darüber nicht erstaunt. Es fällt nicht aus dem Rahmen dessen, woran uns die Justiz der Republik gewöhnt hat. —

Arbeitslosendemonstration. Infolge der Teurung macht sich unter der Bevölkerung in Braunschweig eine steigende Unruhe bemerkbar. Am Mittwoch demonstrierten die Arbeitslosen vor dem Ministerium. Die Menge war sehr erregt. Eine Abordnung verhandelte mit dem Minister Grotewohl, der jedoch keine endgültige Zusage machen konnte. Nachdem die Menge den Bericht ihrer Abordnung entgegengenommen hatte, zerstreute sie sich. Zu gleicher Zeit demonstrierten die Bauarbeiter vor dem Gildehaus, in dem Lohnverhandlungen stattfanden. —

Jubiläumsverbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. In der Stadthalle in Kassel wurde am Sonntag in Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Persönlichkeiten der 13. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, mit dem sich zugleich auch der Tag des 30jährigen Bestehens jährte, eröffnet. Nach Erledigung der Begrüßungsansprachen wurden zu Vorsitzenden gewählt: Tarnow (Berlin), Eckel (Kassel), zu Schriftführern Krohn (Insterburg), Winkler (Bautzen), Gerken (Oldenburg), Fühe (Celle), Wenzel (Höchst) und Graszl (München).

Kleines Feuilleton.

Deutsche Arbeiterjugend in England.

I.

Englische Arbeiterführer haben im vergangenen Jahre junge deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen kennengelernt, die zur deutschen Arbeiterjugendbewegung gehören, und meinten, dieses deutsche Jungvolk müßten englische Arbeiter — junge und alte — von Angesicht zu Angesicht sehen. Die Lieder, die Spiele und Tänze, das geistige Streben der Arbeiterjugend sei ein Stück Neudeutschland, das man den Engländern nicht nur in Büchern und Zeitungen schildern dürfe, sondern in lebensfreudigen jungen Menschen vor die leiblichen Augen stellen müsse. In dieser Jugend offenbare sich mehr Wahrheit und „deutsches Wesen" als in geschwollenen nationalistischen Reden und Kundgebungen.

So hat der englische Gewerkschaftsbund die deutsche Arbeiterjugend eingeladen, einmal eine kleine Schar aus ihrer Mitte nach England zu schicken. Die Reisekosten bezahlten die englischen Gewerkschaften. Der Einladung wurde Folge geleistet. Eine Reisegesellschaft von rund 15 Jungen und Mädchen aus Berlin, Hamburg und Magdeburg — aus Magdeburg drei Mädchen und zwei Jungen — traten die Englandfahrt in den letzten Tagen des April an. Sie sammelten sich in Hamburg, [illegible] „drüben" [illegible] am 30. April in London und machten dann eine Rundreise durch die größten Industriestädte Englands. Eine junge Magdeburgerin erzählt hier, wie die jungen Deutschen in England gewirkt haben, wie sie von der englischen Arbeiterschaft aufgenommen wurden:

An einem Sonnabendabend fuhren wir aus dem Hamburger Hafen. Unser Schiff war klein und fein. Es machte erst seine erste Reise. Wir hatten uns gesammelt auf Deck und sangen. Die Fahrt war [illegible] und schön. An hellerleuchteten [illegible] vorbei [illegible] mit kleinen [illegible]. Dann konnte man in das flüssige Wasser schauen und träumen von den [illegible], der [illegible] Schiffe und dem [illegible].

[illegible] mußten wir uns schlafen legen. Und dann kam der Sonntag und brachte [illegible]. Als ich aus meiner Kabine kam, begegnete ich einigen Jungen von uns, die [illegible]. [illegible] Das [illegible]. [illegible] das Kommando: „An die Reling". Man folgte, ob man wollte oder nicht. Was nun Deutschlands sozialistische Jugend „ankerte", soll nicht verzeichnet werden. Eins nur wurde mir zur Gewißheit: es hilft nichts dagegen, auch Zitronen nicht. Als die Sonne uns auf die Nase schien und wir die angeordnete Liegekur auf dem Deck absolviert hatten, da konnten wir wieder singen.

Montag morgen: Wir waren im Themsewasser. Und dann kam Land, Land, mit grünen Bäumen. London tauchte auf. Zu beiden Seiten des breiten Stromes graue, große Lagerhäuser, Speicher. Viele, viele Schiffe auf dem Wasser. Kräne verladen Unmengen von Kisten, Warenballen, Säcken, Maschinen. Die großen Dampfer brüllen, die Arbeit braust und tost, in der Luft spürt man das Atmen dieser Millionenstadt.

Da kommt ein flinker, kleiner Engländer in einem lustig hüpfenden Boote, wir klettern hinunter und werden von ihm bis in die Themse hineingerudert. Da warten schon zwei Autos. Schnell steigen wir hinein, und [illegible] in sausender Eile geht es durch diese Riesenstadt.

Also: Das ist London, und das ist England!

Die große Gemeinschaft.

Am Bahnhof steigen wir in den Expreß. Drei Stunden sausen wir durch englisches Land. So sieht es aus: Weite grüne Weideplätze, Schafe und Kühe in großer Zahl; gelbblühende Ginsterbüsche, soweit man schauen kann, und Blütenbäume. Erst grauer Himmel, dann wird er plötzlich blau; und mit einmal ganz graugelb und dunstig. Ein Junge meinte, er wollte ein Stück herausschneiden. In diesem Graugelb liegen die Städte.

Sheffield (es ist das englische Solingen), die erste Stadt, in der die englischen Genossen uns erwarten. Vom Bahnhof fahren wieder Autos. Wieder in schneller Fahrt bis zum Konzertsaal. Wir holten tief Atem, mußten in unsre Festkleider stürzen und gingen in den Saal. Mit Hallo, vielem Freudengeschrei und Händeschütteln wurden wir begrüßt. Nun zeigten wir unsre Tänze, sangen unsre Lieder und musizierten.

Es war eine sehr eigenartige Stimmung. Dieses neugierige Schauen zueinander, das Erlauschen all der fremden Laute. Bei uns die Unruh und Erwartung all der Dinge, die noch kommen mußten. Es sprach ein englischer Genosse und dann Walter Maschke aus Berlin für uns.

Dann wußte ich auch, was am meisten den Beifall und die Begeisterung bei allen Anwesenden hervorrief, das waren die Worte: „Nie wieder Krieg" und „Krieg dem Kriege". Eine englische Frau sprach zu uns in deutscher Rede. Von Freude und Dank, daß endlich ein so lebendiges Zeichen herzlicher Kameradschaft durch uns gegeben ward. Nun sprangen wir plötzlich mitten hinein in den Saal.

„Auf Sozialisten schließt die Reihen" — „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet" klang fröhlich unser Sang. Als zum Schluß die Internationale ertönte, sangen alle englischen Genossen in ihrer Sprache mit. Das war ein stolzes Gefühl in uns, daß wir uns sagen konnten: Wir gehören zu dieser großen Gemeinschaft der Arbeit, die über die ganze Welt geht. Jeder Händedruck war ein Schwur darauf. Was galt es, daß wir die Worte nicht verstehen konnten, die sie uns zuriefen. Der Händedruck und all die strahlenden Augen sagten viel, viel mehr.

Plötzlich hatte jedes Mädchen, jeder Bursch von uns einen Vater oder eine Mutter bei der Hand, ging für einige Stunden mit in das Heim des englischen Genossen. Mit wieviel Liebe und Herzlichkeit wurde wohl jeder von uns empfangen in der Familie. Wie sorgten alle für uns! Trotzdem es meist für beide Teile recht schwierig war, hat man sich noch lange in die Nacht hinein unterhalten können. Wie waren die englischen Hausfrauen erstaunt, als ich ihnen klarmachte, wieviel Geld wir brauchen, um die notwendigsten Lebensmittel bezahlen zu können. Und wie ein junges Mädchen oder gar der Familienvater arbeiten muß um Schuhe und Kleidung. Und immer war es der Krieg, der dann erwähnt wurde. Und immer wieder wurde der Satz vom Abend: „Nicht wieder Krieg!" wiederholt.

Konzert.

Paul Goller veranstaltete seinen Abschiedsabend, d. h. er gab den Verehrern lyrischer Tenöre Gelegenheit, seiner Stimme Klang ununterbrochen auf Stunden zu lauschen. Diesen delikaten Genuß suchte er durch eine Vortragsfolge zu erreichen, die im ersten Teile Künstlerinteressen, im zweiten lediglich Publikumsinteressen verfolgte. Er sang Liszt, Kornelius und Reger und ging über Weingartner und Strauß zu Schubert. Die Auslese war nicht ungeschickt und ließ die Vorzüge seiner Kunst besonders bei Cornelius und Schubert erkennen. Der zweite Teil seines Programmes brachte nur leichte Ware, Operettenmusik und einen Chanson aus der uns noch nicht bekannten Schusterkomtesse von Mairanch. Da der Komponist begleitete, gab diese Nummer Gelegenheit zu zweifachen Ehrungen, die mehrere Wiederholungen zur Folge hatten. Der ausverkaufte Saal ließ keine Gelegenheit vorübergehen den Konzertveranstalter mit goldenen Lorbeeren, einer Last Blumen und andauerndem Beifall zu überschütten. Der „Frauenwalzer" aus dem „Vielgeliebten" von Künnecke, drei künstlerische Attribute höchsten Ranges. Wer konnte da widerstehen?

K.

Die Erwerbslosenfrage im Stadtparlament.

Magdeburg, 21. Juni.

Der Vorsteher gibt u. a. eine Eingabe des Ortsausschusses des Gewerkschaftsbundes bekannt, in dem Maßnahmen zur Linderung der Erwerbslosigkeit gefordert werden. Es wird darauf hingewiesen, daß vom Magistrat bereits Beschlüsse über Beschaffung von Notstandsarbeiten gefaßt sind. Der Freidenkerverein für Feuerbestattung beschwert sich, daß die Frage der Errichtung einer Einäscherungsanlage durch den Magistrat nicht gefördert werde. Auch hier wird mitgeteilt, daß Vorschläge über Errichtung einer derartigen Anlage der heutigen Sitzung unterbreitet werden sollen.

Der Vorsteher widmet dem dritten verstorbenen Feuerwehrmann, Friedrich Claus, der bei der Explosionskatastrophe in der Wilhelm-Raabe-Straße mit verunglückt ist, einen warmempfundenen Nachruf. Dabei teilt er mit, daß einer der verunglückten Feuerwehrmänner und auch der Sohn des Kaufmanns Frese das Krankenhaus wieder verlassen konnten. Bei den übrigen Opfern des Explosionsunglücks besteht glücklicherweise ebenfalls Aussicht auf Heilung.

Genehmigt wird ein Pachtvertrag über die Schankwirtschaft im Stadttheater; die Einrichtung einer neuen Klasse für die Schwerhörigenschule; die Erhöhung der Hundesteuer auf 30 000 Mark für den ersten Hund, den dreifachen Betrag für den zweiten Hund, von dieser Summe den dreifachen Betrag für den dritten Hund, von dieser Summe den dreifachen Betrag für den vierten Hund. Die Zwingersteuer beträgt 60 000 Mark. Die Mehreinnahmen aus dieser Steuer wird auf 100 Millionen Mark, das Gesamtaufkommen auf 150 Millionen Mark geschätzt. Angenommen wird ein Antrag, in den Polizeirevieren Listen der versteuerten Hunde öffentlich auszulegen, damit auch Einwohner unversteuerte Hunde feststellen und evtl. Anzeige erstatten können.

Angenommen wird eine Vorlage, nach der folgende Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von Steuern und Gebühren erhoben werden: Werden Steuern und Gebühren nicht rechtzeitig entrichtet, so sind von der Schuldsumme Verzugszinsen in Höhe von monatlich 10 Prozent zu zahlen. Die Zinsen werden vom Fälligkeitstag bis zum Zahlungstag berechnet und auf volle 10 Mark nach unten abgerundet. Zinsbeträge unter 100 Mark werden nicht erhoben.

Zum Umbau der Sparkassen-Zweigstellen Buckau und Sudenburg werden 15 800 000 bzw. 8 000 000 Mark bewilligt.

Die Zahl der Stadtverordneten

war durch Ortsstatut vom Jahre 1887 für Magdeburg auf 72 festgesetzt. Durch die Eingemeindungen hat sich seither die Zahl auf 81 vermehrt. Das Gesetz über die vorläufige Reglung der Gemeindewahlen vom April 1923, das Neuwahlen bis zum 30. November vorsieht, macht eine Aenderung notwendig. Nach den Richtlinien des Gesetzes, die nach der Einwohnerzahl die Zahl der Stadtverordneten bestimmen, könnte in Magdeburg die Zahl auf 66 festgesetzt werden. Der Magistrat schlägt vor, durch Ortssatzung diese Zahl festzusetzen. Die Frage, ob mit Rücksicht auf die verminderte Zahl der Stadtverordneten auch die Zahl der Mitglieder der Deputationen und Kommissionen herabgesetzt werden soll, will der Magistrat der neuen Stadtverordneten-Versammlung überlassen. Die Vorlage findet Annahme.

Amt für Leibesübungen.

In Magdeburg wurde 1919 ein Ausschuß für Leibesübungen gebildet, der die Aufgabe hat, alle Bestrebungen auf dem Gebiet der körperlichen Ertüchtigung der Jugend beiderlei Geschlechts zu fördern. Bis jetzt war es nicht möglich, dem Ausschuß für Leibesübungen die Bearbeitung aller die Leibesübungen betreffenden Angelegenheiten zu übertragen, weil einzelne Teile dieser Aufgaben in verschiedenen Verwaltungszweigen bearbeitet werden. Dadurch wird häufig ein Nebeneinanderarbeiten hervorgerufen; auch haben sich Mißverständnisse herausgestellt, die im Interesse der reibungslosen Erledigung der Geschäfte vermieden werden müssen. Das wird durch die Zusammenfassung dieses Arbeitsgebiets in ein Amt für Leibesübungen, dessen Einrichtung dringend geboten ist, ermöglicht.

Der Magistrat schlägt die Errichtung eines Amtes für Leibesübungen vor, das übrigens seit Jahren von den Turn- und Sportvereinen gewünscht wird, und setzt die Aufgaben des Amtes wie folgt fest:

1. Bearbeitung aller Angelegenheiten der körperlichen Erziehung der Jugend;
2. Unterstützung der größern turnerischen oder sportlichen Veranstaltungen der Leibesübungen treibenden Vereine und Verbände;
3. Förderung der orthopädischen Sonderkurse;
4. Begutachtung der in Schul- und Vereinsturnen vorkommenden Haftpflichtfälle;
5. Zuweisung von Turnhallen und Schwimmanstalten, Spiel- und Sportplätzen an Schulen und Vereine;
6. Verwaltung der städtischen Turnhallen, Spielplätze;
7. Beschaffung, Verwaltung und Instandhaltung der Turn- und Spielgeräte für die Schulen;
8. Anregung zur Neuanlage von Uebungsstätten und fachmännische Beaufsichtigung evtl. Neuanlagen;
9. Abhaltung von Ausbildungskursen für Leiter von Turn-, Spiel- und Sportvereinen;
10. Beratung aller übrigen städtischen Aemter in Fragen der Leibesübungen.

Zur Erledigung der Arbeiten des Amtes für Leibesübungen ist eine Deputation einzusetzen, die auf Grund des § 59 der Städteordnung in die städtische Verwaltung eingegliedert wird.

Beschlossen wurde die Erhöhung des Schulgeldes für alle städtischen Schulen, Erhöhung der Kanalgebühren und eine Abänderung der Grundsteuerordnung.

Der Neubau an der Ulrichstraße.

An der Ecke der Neuen Ulrichstraße, wo jetzt noch — zum Teil — das Hotel zum „Weißen Bär" steht, sollte ein neues Hotel errichtet werden. Es handelte sich zum Teil um städtisches Gelände, mit der Stadt mußte also ein Kaufvertrag abgeschlossen werden. Weil in Magdeburg die Zahl der Hotels beständig geringer geworden ist, ein Hotelneubau deshalb gefördert werden sollte, erklären sich die städtischen Kollegien mit dem Verkauf der Parzelle einverstanden. Dem Unternehmer wurde die Verpflichtung auferlegt, sämtliche Räume in den Neubau mit Ausnahme der im Erdgeschoß gelegenen Hotelzwecken nutzbar zu machen. Aber die Stadtväter denken, der Dollar lenkt: eines Tages zeigte es sich, daß aus dem Hotelneubau oben auch wieder ein Bankneubau geworden ist. Die Unternehmerfirma hatte mittlerweile mehrere Male gewechselt. Die jetzige Unternehmerin ersucht die Stadtverwaltung, sie von der Verpflichtung zu entbinden, die sie von der Vorgängerin übernommen hatte, Hotelzimmer in dem Neubau erstehen zu lassen. Der Magistrat machte der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage. Es gab eine lebhafte Debatte. Stadtv. **Plumbohm** erklärte, die Stadt sei eben wieder einmal „lackiert" worden.

Stadtrat **Fresdorf** schildert den Entwicklungsgang des Neubaues. Ursprünglich wollte ein Hotelbesitzer ein Hotel bauen. Er konnte mit der Geldentwertung nicht Schritt halten, eine landwirtschaftliche Genossenschaftsbank übernahm die Sache. Auch ihr wurde das Objekt zu teuer. Die Zentralgenossenschaftsbank übernahm nunmehr den Bau. Sie hielt sich aber nicht an die Verpflichtungen des ersten Unternehmers gebunden, baut also keine Hotelräume. Der Magistrat drang nicht auf Einhaltung der Verpflichtungen, weil die Zentralgenossenschaftsbank für Magdeburg und seine Viehausstellungshalle eben doch von großer Bedeutung ist.

Die Stadtverordneten machten nach dieser Erklärung auch gute Miene zum bösen Spiel und stimmten zu.

Es wurden dann die Bezüge der Arbeiter und der Angestellten der Krankenhäuser entsprechend erhöht, was beinahe sieben Milliarden ausmacht, ebenso werden die Bezüge der Beamten denen der Reichs- und Staatsbeamten angeglichen. Die Gutsjagd in Körbelitz wird auf sechs Jahre verpachtet. Pachtpreis: 305 Hasen.

Der Verbrennungsofen.

Die Friedhofsgebühren sollen um das Dreifache erhöht werden, die Vorlage ist aber durch neue Lohnerhöhungen schon wieder überholt, es wird deshalb beschlossen, diese Sätze um 50 Prozent zu erhöhen, gewisse Sätze sollen gleitend mit den Aufwendungen steigen. Zur Anlage des Verbrennungsofens für Leichen wurde vom Stadtv. **Feldhaus** ausgeführt: Die Kosten werden einige hundert Millionen Mark betragen, der Beitrag der Stadt von 50 Millionen erscheine gering, die Demokraten beantragen deshalb, daß der Magistrat die Kosten für die Errichtung eines Ofens in den Etat einstelle.

Stadtrat **Reichert** schätzt die Kosten auf 400 Millionen, die Stadt wolle 50 Millionen bewilligen, im übrigen sollten in der Bürgerschaft bzw. durch die Mitglieder der Feuerbestattungsvereine Anteile gezeichnet werden, die den Rest aufbringen und mit 5 Prozent verzinst werden. Stadtv. **Humbert** tritt dem Stadtrat bei. Stadtv. **Flügge** wünschte, daß die Sache endlich aus dem Stande der Erwägungen herauskäme. Es ist anzunehmen, daß das Krematorium kaum eine Zuschußanlage sein würde. Ist es erst da, wird es auch gebraucht werden. Stadtv. **Miller** trat auch dafür ein. Die Verbrennungskosten sind bedeutend billiger als ein Begräbnis nach den alten Gebräuchen. Die Mithilfe der Vereine ist wünschenswert, aber gebaut muß das Krematorium durch die Stadt werden. Die Stadtverordneten sollten den Magistrat auffordern, eine Vorlage zu machen. Bürgermeister **Paul** stellte fest, daß ein fertiges Projekt vorliege. Ein andres sei die Geldfrage. Von Anleihen könne keine Rede sein, andre Mittel sind nicht vorhanden. Die Mitwirkung der Vereine sollte man nicht einfach beiseiteschieben. Stadtv. **Friebel** ist für die Anlage auf dem Südfriedhof. Stadtv. **Flöte** ist für die Bewilligung der 50 Millionen und die Mitwirkung der Vereine. Die Hauptsache sei, daß schnell gehandelt werde. Ihm trat Frau Stadtv. **Grube** bei. Bürgermeister **Paul** bat um die Ermächtigung, alles herbeizuschaffen, was zum Bau des Ofens nötig sei, in drei Monaten könnte dann der Ofen in Betrieb sein. Die Beteiligung der Vereine kann noch geregelt werden. Stadtv. **Plumbohm** ist mit dem vom Bürgermeister gemachten Vorschlag einverstanden, jede weitere Verzögerung muß ausgeschlossen sein. Die Anträge über die gleitenden Sätze für Grabstellen sollen im Friedhofsausschuß weiter behandelt werden, 5 Millionen zum Bau des Verbrennungsofens werden bewilligt.

Für die Arbeitslosen

Beim Haushaltplan des Arbeitsamts wurden folgende Anträge der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht:

Die Stadtverordneten-Versammlung möge folgendes beschließen:

1. Der Magistrat wird ersucht, sofort Maßnahmen in die Wege zu leiten, die geeignet sind, den großen Notstand unter den Erwerbslosen zu mildern. Zu diesem Zwecke sind Mittel zur schnellsten Inangriffnahme von Notstandsarbeiten bereitzustellen und der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

2. Die städtischen Körperschaften ersuchen die Regierung um Aenderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge. Insbesondere muß die Bestimmung, wonach Unterstützung nur an solche Personen gezahlt werden darf, die infolge des Krieges erwerbslos geworden sind, beseitigt werden.

Stadtv. **Plumbohm** kritisiert den Etat und besonders die viel zu geringe Summe von 25 Millionen Mark für produktive Erwerbslosenunterstützung. Hier müsse viel mehr getan werden, und Härten müssen beseitigt werden, wozu die beiden Anträge beitragen sollen, die für sich selber sprächen. Die Not sei groß, schnelles Handeln und ausreichende Maßnahmen notwendig. Ferner brachte Plumbohm folgende Angelegenheit zur Sprache:

Durch Erlaß vom 8. Mai 1923 hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt zur Behebung der auf dem Gebiet des Baugewerbes neuerdings verstärkt hervorgetretenen Arbeitslosigkeit vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften Mittel zur Gewährung von Darlehen an die Länder bereitgestellt. Aus diesen Mitteln wurden dem Herrn Regierungspräsidenten zu Magdeburg eine Milliarde neunhundert Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

An die Hergabe dieser Mittel war die Bedingung geknüpft, daß sie nur an solche Gemeinden ausgezahlt werden dürfen, die den Gemeindezuschlag zur Wohnungsbauabgabe auf mindestens 4500 Prozent erhöhten. Dieser Bedingung sind die Körperschaften der Stadt Magdeburg mit äußerster Beschleunigung nachgekommen, um sich neben den allgemeinen Landesdarlehen auch aus diesem Fonds weitere Landesdarlehen zu sichern. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß am 31. Mai 1923 eine Erhöhung der gesamten Wohnungsbauabgabe auf durchschnittlich 10 000 Prozent für das Wirtschaftsjahr und eine Ausweitung des bisherigen Bauprogramms um weitere 60 Wohnungen. Trotz dieses Beschlusses, der am 1. Juni 1923 den zuständigen Stellen mitgeteilt wurde, erhielt die Stadt Magdeburg für die so beschlossenen Bauvorhaben aus Landesdarlehensmitteln bisher nur 80 Millionen Mark ausgezahlt.

Ich habe nun folgende Fragen an den Herrn Regierungspräsidenten zu richten:

1. Kann der Herr Regierungspräsident Auskunft geben, ob es zutrifft, daß um die Mitte des Monats Mai 1923 weit über 1 Milliarde Mark für ein Bauvorhaben von Beamtenwerkswohnungen ausgezahlt sind? Warum ist unter Abweichung von den bisherigen Gepflogenheiten die Gemeinde als Trägerin des Verfahrens übergangen?

2. Kann der Herr Regierungspräsident der Oeffentlichkeit Auskunft geben, welchen Gemeinden aus den „Landesdarlehen aus Reichsmitteln" bis heute Gelder zur Verfügung gestellt sind?

3. Ist dem Herrn Regierungspräsident bekannt, daß infolge der Verzögerung der Auszahlung der Mittel die notwendigen Baustoffe bis heute unbeschafft bleiben mußten und daß damit durch Preissteigerungen der Stadt Magdeburg Verluste entstehen, die in die Hunderte Millionen gehen? Mittel, die nunmehr zur Beschäftigung Erwerbsloser im Sinne der Verordnung vom 8. Mai 1923 nicht mehr verwendet werden können.

4. Was kann der Herr Regierungspräsident gegen die Anschauung einwenden, daß der Schaden nur durch eine überreichliche Segnung des Werkwohnungsbauvorhabens mit staatlichen Zuschüssen entstanden ist? Bei einer rationellen Verteilung der Mittel hätte dies vorstehende Bauvorhaben nicht vernachlässigt zu werden brauchen, den in Frage kommenden Gemeinden konnten aber größere Mittel gestellt werden und die Stadt Magdeburg hätte durch schnelle Baustoffeinkäufe für eine wirklich produktive Erwerbslosenfürsorge — durch Wohnungsbau — große Mittel ersparen können.

Bürgermeister **Paul** erkennt die Notlage der Arbeitslosen an, die Stadt selbst habe leider fast gar keine Mittel, der Not zu begegnen. Trotzdem will die Stadt Arbeiten vornehmen, aber immer in der Voraussetzung, daß Staat und Reich die gesetzlichen Zuschüsse leisten. Die Stadtverordneten-Versammlung möge die im Haushalt des Arbeitsamts ausgeworfenen 25 Millionen Mark für Notstandsarbeiten um 100 Millionen Mark zu erhöhen. Stadtverordneter **Dürre** hält die ausreichende Erwerbslosenunterstützung für die produktivste Ausgabe und die beste Versicherung gegen Unruhen. Magistratsrat **Böhme** betonte die Pflicht des Reiches zur Unterstützung der Arbeitslosen. Dieser Pflicht komme es aber nur lässig nach. Der Mittellandkanal, der bisher unsre Hoffnung war, ist erledigt. Er wird nicht gebaut. Dadurch wird die Stadt vor die Frage gestellt, was tun? Wir wollen trotzdem helfen, soweit das nur irgend möglich ist, deshalb sollen die 125 Millionen ausgeworfen werden. Mit dem Beitrag des Staates und Reiches werden wir rechnen können. Viel bedeutet das freilich nicht. Wir müssen später weiter sehen. Vorläufig werde die Stadt noch an die Industrie und den Handel herantreten, damit auch sie Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen beisteuern. Der Erfolg steht noch aus.

Stadtrat **Fresdorf** bemerkt zu den Anfragen des Stadtverordneten Plumbohm, daß er Erkundigungen eingezogen habe. In der Tat seien einer Genossenschaft eine Milliarde zugewiesen worden, die Stadt erhielt jetzt 270 Millionen Mark. Stadtv. **Zehle** ersucht den Magistrat, für den Ausbau des Mittellandkanals trotz alledem einzutreten.

Die vorliegenden Anträge werden danach angenommen, die 125 Millionen Mark bewilligt.

Beim Haushaltplan für Körbelitz regte Stadtv. **Dürre** die Verpachtung des Gutes in private Hände an. Er bringt dann einen Brief zur Sprache, der Beschwerden über die Kirschenverpachtung enthält. Stadtrat **Arnold** konnte diese Anschuldigungen restlos widerlegen. Zu der Sache sprechen noch Stadtrat **Haupt** und Bürgermeister **Paul**, der gegen diese Verleumdungen klagbar vorgehen will. Auch Stadtv. **Plumbohm** tritt dafür ein, daß dem Briefschreiber vor Gericht Gelegenheit gegeben wird, seine Behauptungen zu beweisen. Eine Anzahl Haushaltpläne wurde dann noch ohne nennenswerte Aenderungen erledigt. Dann folgte eine nichtöffentliche Sitzung. —

Depeschen.

Kein Mindestlohn für englische Bergarbeiter.

Wb. London, 22. Juni. Im Unterhaus fand gestern eine Erörterung der Lage in der Bergwerksindustrie statt anläßlich des Gesetzantrags der Arbeiterpartei, wonach ein Mindestlohnsatz für Bergarbeiter festgesetzt werden soll, nämlich der Satz der Vorkriegszeit mit einem Teurungszuschlag von 70 Prozent. Von Regierungsseite wurde erklärt, die Einführung eines Mindestlohnes würde wahrscheinlich den seit dem Streike von 1921 in Kraft befindlichen Lohnvertrag unmöglich machen. Der Präsident des Handelsamts sagte, die Annahme des Gesetzes würde das Lohnabkommen gerade in dem Augenblick beenden, wo die Bergleute die Früchte der letzten Preissteigerung zu ernten im Begriff seien. Der Gesetzesantrag wurde schließlich mit 230 gegen 154 Stimmen abgelehnt. —

Ein Arbeitervertreter gewählt.

Wb. London, 22. Juni. Bei der Ersatzwahl in Morpeth, die durch den Tod des Arbeitervertreters Caire notwendig wurde, wurde der Vertreter der Bergarbeiter, Robert Smillie, mit einer Mehrheit von 6966 Stimmen gegen den liberalen Kandidaten gewählt. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Sommersprossen

rechtzeitige Vorbeugung in jetziger Jahreszeit durch Hautbleichcreme [illegible]

Hof-Apotheke, Breiteweg 158.

Von den beim Brande Wilhelm-Raabe-Straße 6 verunglückten Feuerwehrleuten ist der

Feuerwehrmann
Friedrich Claus

am 20. d. M. seinen schweren Verletzungen erlegen.
In treuer Pflichterfüllung ist der Verstorbene ein Opfer seines gefahrvollen Berufs geworden. Wir und mit uns die gesamte Bürgerschaft werden ihm ein dauerndes, ehrenvolles Andenken bewahren. 256

Der Magistrat der Stadt Magdeburg.

Standesamts-Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.
Todesfälle. 21. Juni. Verw. Gutsbesitzer Hermine Sommermeier geb. Winterberg, 71 J. Luise, T. des Arbeiters Gustav Görlitz, 10 M. Gerhard, S. des Arbeiters Franz Lindner, 2 M. Ursula, T. des Ingenieurs Paul Kosney aus Gommern, 5 J. Eisenbahn-Zugführer i. R. Gustav Voigt, 68 J. Feuerwehrmann Friedrich Claus, 30 J. Invalide Arbeiter Friedrich Michel, 83 J. Selma geb. Kleiner, Ehefrau des Knopfmachers Ernst Neumann, 55 J.

Magdeburg-Neustadt.
Todesfall. 21. Juni. Arbeiter Willi Warnecke, 18 J.

Kleine Anzeigen

Hosen aller Art
Spezialvertrieb
Weg-, Arbeitshosen, Joppen und Anzüge in jeder Größe u. Weite, fertig und nach Maß. Reelle Bezugsquelle Für Händler u. Wer.
Fritz Grimmel, Große Marktstr. 16. Verkauf erste Etage.

Heute
frische Seefische Pfd. 5000 Mk.
frische Makrelen Pfd. 6500 Mk.
A. Meißner, Stephansbrücke 23. Tel. 5683.

Verkauf

Sitz-Liegewagen u. Ver. [illegible] Wendriner, Salz-Rath.-Straße 90. 3 mal klingeln.

1 Rennmasch., 1 Herrenrad, gebr., vk. Schlorio, Wanzleber Str. 15, Bud.

Küche, neu, Chaiselong., Bettstelle mit Matr. vk. Fritze, Halberstädter Str. 138

1 Herrenrad, fast neu zu verkaufen. Stiber, Bäder Bergstr. 19. 3 l/

Gr. verstellb. Spiegel f. Schneiderinnen zu vk. Peters, Blauebeilstr. 7.

Herrenrad 315 000 Mk. 4 Nähmaschin., Leich., in jed. Preisl., vk. Schultze, Siemensstr. 5, H. r. 1 Tr.

Damen- u. Herrenräder gebr., vk. Pirsch, Weberstraße 13. R. Südfriedh.

Verkaufe nur kurze Zeit **elektr. Bügeleisen** m. - m Schnur, 45 000 M. Buckau, Marienstr. 10.

Kinderwagen
Enorme Vorrat reicht.
Klappwagen
mit Verd. v. 195 000 an ohne Verd. v. 9 [illegible] 000 an
Promenadenwagen
moderne schöne Formen mit und ohne Riemen von 275 000 an
Achte darauf aufmerksam, daß sämtliche Wagen fabrikneu sind.
Beyers
Kinderwagenhaus
Peterstraße 18.
Verdecke werden neu bezogen. Alte Wagen werden aufgearbeitet.

Waschfässer jeder Größe liefert Gr. Goran, Sandkamp.

Ankauf

Quecksilber kauft laufend Oertmann, [illegible] Tel. 5565 [illegible]

Firnis auch Farben, Leinöl, Pinsel usw. kauft auch gebraucht
Kleie & Co. [illegible] 19.

Kaufe jeden Posten neue und gebrauchte
Bettfedern!
Zahle höchste Preise.
[illegible]

Ferngläser, Prismen 6/30, 350 000 M.
feldgraue 08 Gläser pro Stück 100 000 M.
Photo-Apparate
7 1 kauft laufend
Letzner, Schopenstr. 9.

Kaufe beim Dollar 150—155 000
Gold-,
585 gest. 47 000 Mk.
333 gest. 25 005 Mk.
Silber-, Platinbruch
alte Uhren zum höchsten Preis
Bartsch
Katharinenstr. 11, III.
Kein Laden.

Quecksilber kauft jedes Quantum zu Tagespreisen
Kloster-Drogerie, Goldschmiedebrücke 3/4.

Nähmaschinen kauft sofort. Sebes, Enderler Str. 26.

Luxussteuerfrei!
Zahle bei einem Dollarstand von 150 000 für Bruch u. Barren aus
Gold
333er 26 000 Mk.
585er 46 900 Mk.
750er 60 000 Mk.
1000er 87 000 Mk.
Silber
750er 1700 800er 1850
Platin
410 000 Mk. pro Gramm
alte Gebisse
Uhren, Brillanten.
Hauffe
Breiteweg 84. Tel. [illegible]
[illegible] im Hause Café Royal

● **Halt!** ●
Es zahlt nur ein, wir gehen nach Fallei, dieser kauft Schneider, Hüte, Wäsche, Kleidungsstücke zu jeder Zeit, auch den höchsten Preis. Kommen Sie auf zu
Fallei
Knochenhauerufer 53
[illegible]

Ankauf von Rohfellen aller Art
Hasen, Kanin, rot Katzen, Marder, Iltis, Füchse
kauft laufend zu allerhöchsten Preisen
Schmied, Kürschnerei
Pappelallee 20
Eingang Hof links.

Grundstücks- und Wohnungsmarkt.

Wohnungstausch. 2 St., R. u. K. mit Garten, [illegible] unter B 1143 a. d. B.

Wegen dringenden Bedarfs kaufe per Kasse

Pianos

zahle bis 5 Millionen.
Markeninstrumente entsprech. mehr. 100 000 M Provision zahle ich beim Kaufabschluß demjenigen, der mir ein Piano nachweist. 789
Funkes Pianohaus, Magdeb.
Berliner Str. 16/17, v. II. Tel. 9281.

Felle! Felle!

rohe und gegerbte, kauft zu bekannt hohen Preisen 1155
Kürschnerei Perinschitz,
Johanniskirchhof 3a. Reise wird vergütet.

Kernleder-Ausschnitt und Arbeitsstiefel

Gummisohlen u. -absätze
sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel kaufen Sie billigst bei 503
A. Altenau, Breiteweg 229a.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß wir unsre altrenommierte
Fleischerei
an den Fleischermeister Ernst Heß übertragen haben. Für das während unsrer Zeit uns geschenkte Vertrauen dankend, bitten wir, dasselbe auch unserm Nachfolger schenken zu wollen.
Willi Bierschenk, Fleischermeister und Frau.

Dem geehrten Publikum zur Kenntnis, daß ich die von Herrn Fleischermeister W. Bierschenk hier,
Neustadt, Hohe Str. 29 betriebene Fleischerei
käuflich erworben habe. Es wird mein Bestreben sein, ebenfalls nur beste Qualität in Fleisch- und Wurstwaren zu liefern, und bitte, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auf mich übertragen und mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen. 1158
Hochachtungsvoll
Ernst Heß, Fleischermeister
Hohe Straße 29.

A 77 Aufkl. Broschüre!
Geschlechtsleiden
ihre Erkennung und Heilung ohne zu spritzen Timms Kräuterkuren und ihre Wirkung. Ohne Berufsstör., ohne Salvarsan- u. Quecks.-Einspritz. Durch Blutproben bestätigt, viele Dankschreiben. Versand portofrei gegen Einsendung von Mk. 450. Dr. Rauriser, med. Verlag Hannover, Odeonstr. 3.

Harn- u. Blasenleiden ec.
bestbewährt auch **Coba** in hartnäckigen Fällen hergestellt nach D. R. P. Ueberall erhältlich, bestimmt Kaiser-Otto-Drogerie, Alter Markt 4, Rennenberg & Co., Wilhelmstraße 91 und Filialen, R. Kloster, Goldschmiedebrücke 3/4.

100 000 Mark Belohnung!
In der Nacht vom Montag zum Dienstag haben drei junge Diebe im Anfang der 20er Jahre unsre zwei eisernen Oefen aus unserm Schießstand am Herrenkrug gestohlen. Die eisernen Teile wurden von den Dieben am Dienstag früh 7 Uhr im Biederitzer Busch zerschlagen und auf einem schweren Handwagen mit Säcken zugedeckt transportiert. Die Seitenteile des Wagens waren selbstgezimmert. Vermutlich stammen die Diebe von Biederitz oder Gerwisch. Bei Angaben, welche zur Festnahme der Diebe Veranlassung geben, wird obige Belohnung gezahlt. Meldungen bei der Kriminalpolizei.
Die Magdeburger Schützengilde.

3 Millionen Mk. Belohnung
Deutscher Schäferhund [illegible] entlaufen. 813
den Namen Bruno hörend
Wiederbringer erhält obige Belohnung.
Harry Heynemann, Hohepfortestraße 18.

Amtliche Bekanntmachungen

Die diesjährige Obstnutzung
der Gemeinde Pöthsdorf bei Barne, [illegible] bestehend aus Aepfeln, Birnen, Pflaumen und Kirschen, soll am Donnerstag den 28. Juni d. J., nachmittags 4 Uhr, im Schützen-Gasthof [illegible] verpachtet werden. Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.
Pöthsdorf, den 7. Juni 1923.
Der Gemeindevorsteher. Bräunig.

Schulgeldsätze.
Für das Rechnungsjahr Juli—September 1923 sind die Schulgeldsätze festgesetzt: a) für das Realgymnasium und Lyzeum auf 9480 Mk. für einheimische, auf 11460 Mk. für auswärtige Schüler, b) für die Gewerbl. Knabenschule auf 3840 Mk. für einheimische, auf 4680 Mk. für auswärtige Schüler. 283
Schönebeck, 21. Juni 1923. Der Magistrat.

Stadtkreis Schönebeck
in nachstehender Reihenfolge Zimmer 12 unter Vorlegung des Ausweises vom [illegible] Uhr vormittags:
Bezirk 1 am 25. Juni, Bezirk 2 am 26. Juni, Bezirk 3 am 27. Juni, nachmittags [illegible] und Elbenau, Bezirk 4 am 28. Juni, Bezirk 5 am 29. Juni, Bezirk 6 am 30. Juni, Nachzügler am 2. Juli. 242

Die Hundesteuer ist vom 1. Juli d. J. an auf 15 000 Mk. für den ersten, 30 000 Mk. für den zweiten und 45 000 Mk. für jeden weiteren Hund jährlich erhöht. [illegible]
Schönebeck, 21. Juni 1923. Der Magistrat.

Wollen Sie?
Schuhwaren
preiswert kaufen, so
suchen Sie
uns nur auf,
Sie finden
daß wir Sie
immer preiswert
bedienen.
165 Magdeburg Breiteweg 165
Ecke Alte Ulrichstraße
1 Treppe

50—100 000 Mark pro Kilo 787
für **Frauenhaar** zahlt
W. Träbert Stephansbrücke Nr. 34. Tel. 9435. Geschäftsz. 8-4 Uhr.

Auch nach auswärts

Anzüge
für Herren, Burschen u. Knaben
Sport-Anzüge
Raglans, Covercoats, Regenmäntel, gestreifte Hosen, Breeches-Hosen
Damen-Kleider
Mäntel — Kostüme — Röcke
Blusen wollene u. seid. Jumper
Strickjacken
Wäsche — Gardinen
Einsatzhemden — Oberhemden
Teilzahlung gestattet!
S. Margulies
Breiteweg 80/81, 1. Etage
Eingang Katharinenstraße. 704
Geöffnet v. [illegible]

Alt- Metalle Eisen Papier Flaschen
kauft zu höchsten Preisen 711
Ankaufszentrale
Berliner Straße 13, Ecke Pfeifersberg.

Meyer Michaelis
Lederhandlung
Magdeburg, Gr. Marktstr. 16
gegründet 1864 Fernspr. 1424
Günstigste Bezugsquelle f. Leder und sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel. 664

Bauholz, Kistenholz, Tischlerholz
in allen gangbar. Stärken u. Längen eingeschnitten, liefern billigst
Hebecker, Pinoff & Co., G. m. b. H., Holzhandlung
Magdeburg, Regaber Str. Nr. 42 :: Fernruf Nr. 9195

Allgem. Ortskrankenkasse in Aschersleben
Bekanntmachung.
Laut ministerieller Verordnung vom 9. Juni 1923 ist die obere Versicherungsgrenze von 4800 [illegible] Mark auf 9720 000 Mark heraufgesetzt worden.
Die gemäß § 4 des Gesetzes vom 27. März 1923 wegen Ueberschreitung der bisherigen Versicherungsgrenze noch nicht ausgeschiedenen Pflichtversicherten müssen bei der hiesigen Kasse als Mitglieder verbleiben, soweit ihr jetziges Arbeitsentgelt die neue obere Versicherungsgrenze nicht übersteigt.
Infolge der oben angeführten erweiterten Versicherungsgrenze macht sich die Anfügung von 4 Klassen erforderlich, und zwar:

Klasse	Entgelt auf den Kalendertag Mk.	Entgelt auf das Jahr Mk.	Grundlohn Mk.	Tägl. Beitrag Mk.
17	über 15 600 bis 17 400	über 5 400 000 bis 6 264 000	16 200	1298
18	über 17 400 bis 20 400	über 6 264 000 bis 7 344 000	18 700	1496
19	über 20 400 bis 22 800	über 7 344 000 bis 8 208 000	21 400	1712
20	über 22 800	über 8 208 000	24 000	1939

Die Beiträge werden ab 18. Juni 1923 für jeden Kalendertag erhoben, die Leistungen jedoch erst ab 2. Juli 1923 gewährt.
Die erforderlichen Lohnänderungsanzeigen sind umgehend zu bewirken.
Aschersleben, den 21. Juni 1923. Der Vorstand. A. Luther.

Dauerwäsche
ist das Original-Fabrikat
Kragen in allen mod. Formen
Vorhemden u. Manschetten in weiß und farbig.
Hugo Nehab
Johannisbergstraße Nr. 2. 314

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg. 248

Die neuen Beiträge
betragen ab 26. Beitragswoche (24. Juni):

Klasse	1	3200 Mark
„	2	2900 „
„	3	2700 „
„	4	2400 „
„	5	1700 „
„	6	700 „
„	7	140 „
„	8	2 „

Während der Dauer des Bezugs von Unterstützungen dürfen Uebertritte in andre Beitragsklassen nicht erfolgen. Für diese Zeit kommen die jeweilig festgesetzten Beiträge der Klassen, in der das Mitglied vor seiner Erwerbslosigkeit sich befand, in Betracht. Bei Erhöhungen der Beiträge sind die Mitglieder verpflichtet, den erhöhten Beitrag ihrer Klasse zu zahlen.

Das Beitrittsgeld
beträgt vom 1. Mai an bis auf weiteres für Personen über 18 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts 500 Mk.
unter 18 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts 300 Mk.
sämtliche Lehrlinge ohne Unterschied des Alters 50 Mk.
Vom 15. Juni an kostet ein Ersatzbuch 3500 Mk.
Wir bitten die Funktionäre, die neuen Sätze auf die alten Richtlinien einzutragen, da neue Richtlinien nicht erscheinen.
Die Verwaltung.

Selbständiger Kaufmann
sucht für sofort oder später ein oder zwei saubere, gut möblierte Zimmer gegen zeitgemäße Entschädigung.
Werte Angebote unter E G 21 an die „Volksstimme“ erbeten.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Für Sudenburg wird ein
Einkassierer gesucht
Meldungen im Bureau Große Münzstraße 3, III. 197 **Der Vorstand.**

Autogen-Schweißer
gelernter Schlosser, 24 Jahre alt, sucht Stellung als Schloss. od. Autogen-Schweißer. Gefl. Offert. erb. an E. Wolff, Riesa a. d. Elbe, Kolonie Schäfer.

Heute eingetroffen
große Auswahl **Ferkel, Pölke u. gr. Futterschweine,** Schlappohr, Kurzohr., o. Fr., Verk. b. niedr. Preisst. **Neustadt, Sieverstor 1, Teltz u. Söhne**

Alt-Eisen
Kupfer
Messing
Zink
Blei
Aluminium.
Zinngeschirr
zahle pro Kilo
25 000 Mark. 515
Artur Thormann
Magdeburg-S.
Halberstädt. Str. 121e
Fernruf 9365.
— Privat 3369. —

Zentral
7¼ Täglich 7¼
Die Bajadere
mit dem indischen Ballett Yo Larte
3¼ Sonntag 7¼
Die Theaterkasse ist ab 10 Uhr den ganzen Tag geöffnet.

Hofjäger
Freitag ringen:
Weltm. Schneider, Magdebg., g. deutsch. Meister Siegfried, Ostpreußen. Mittelgew.-Meist. Voigt, Schlesien g. Mittelgew.-M. Boksch, Deutschamer. Meisterring. Opitz, Thür. geg. Leichtgewichtsmstr. Schulz, Flensburg.
Vorverkauf Schneider, Zigarrenhdlg., Breitew.

Stephanshallen
8 Solonummern!
Im weißen Rößl.
Ich heirate meine Tochter. 576

Bunte Bühne
— Zentraltheater-Restaurant —
Täglich 7½ Uhr
Großes Konzert
248 (Verstärktes Orchester)
Eintritt frei. Eintritt frei.
Sonntag den 24. Juni ab 4 Uhr nachmittags
Großer Gesellschaftsball

Personendampfer „Saxonia“
fährt jeden Sonntag nach
Hohenwarthe
Vormittags 8 Uhr, nachmittags 2½ Uhr. Abfahrtsstelle: Petriförder (Herrenkrug-Wartehalle). 243
Rückfahrt von Hohenwarthe: Mittags 12 Uhr, nachmittags 8 Uhr.
Otto Krietsch,
Werftstraße 34. — Telephon 321.

Restaur. Vier Jahreszeiten
Otto-v.-Guericke-Str. — Gr. Münzstr.
Nach vollend. Umbau heute Sonnabend 6 Uhr
Wiedereröffnung!
Tägl. Künstlerkonzert ● Freier Eintritt
Speisen u. Getränke zu bekannt zivil. Preisen.
Um gütigen Zuspruch bittet
Herm. Dietze. J. V.: W. Arnhold.

Lichtspielhaus Groß-Salze. **Tonbild-Theater** Schönebeck.
Ab heute Freitag bis einschl. Montag: Erstaufführung 82
Der rote Handschuh
original-amerikanischer Großfilm in 6 Teilen, 18 Episoden, 36 Akten. 1. Teil: **Der Raubzug der Geier,** 6 Akte. In der Hauptrolle: Marie Walcamp, genannt die Frau ohne Nerven, bekannt aus unserm mit größtem Erfolg gezeigten Filmwerk „Die Rätsel Afrikas“. (Als nächsten Freitag der 2. Teil). Diesmal als Beischlager unsre beliebte Hilde Wolter in dem größte Heiterkeit auslösenden Lustspiel **„Die Notheirat“.** Beachten Sie bitte unsre Reklame an den Litfaßsäulen, an der Tafel am Theater und in den Geschäften. — Kassenöffnung wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr, Ende 11 Uhr. — Jeden Sonntag ab 3 Uhr nur im Lichtspielhaus Salze: **Kindervorstellung.** — Jede Besucherin, jeder Besucher dieses sehr sehenswerten Großstadtspielplans wird hochbefriedigt unsre Theater verlassen.
Lichtspielhaus Salze. Tonbild-Theater Schönebeck.

Tonbild-Theater
Berliner Straße
Heute bis einschl. Montag
Ein wirklich großes Programm!
Maria Lecko, Paul Biensfeld, Josef Klein, Ernst Deutsch und Hermann Vallentin in ::
Liebe kann man nicht kaufen.
Drama von Dr. Bruno Lange.
Lina Salten, Magnus Stifter und Heinrich Peer in
Das gestohlene Millionenrezept.
Eine abenteuerliche Diebesgeschichte.
Beginn werktags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Lichtspiele Fermersleben
Heute bis einschl. Sonntag
Michael Varkonyi
in dem preisgekrönten Film
Eine versunkene Welt
Der Roman eines Seeoffiziers.
Vorübung zur Ehe
Das erfolgreiche Groß-Lustspiel.

UT Storch ◆ Buckau UT

Heute bis Montag

3 große Sensationen 3
Breitensträter
der deutsche Schwergewichtsboxer, Hauptdarsteller in dem größten Detektivschlager
Der Held des Tages
7 Riesenakte 7
Ferner:
Das Heiratsbureau
Dazu die Gesangsstimmungskanone **Karl Matthies** mit neusten
Gesangsschlagern
u. a.
Auf der grünen Wiese

Auf der Bühne:
Gustl Beer
mit seiner Gesellschaft in seinem besten Sketch
Mama schläft bereits!
Dazu:
2 gewaltige Filmschlager 2
Das große Sittendrama
Entfesselte Triebe
und
Die schwarze Kassette
Abenteuer-Drama

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. Juni 1923.

Vergessen!

Neun Jahre schwersten Leidens liegen auf dem deutschen Volk. Unerhörtes Marthyrium, das sich stündlich erneuert und jede Hoffnung unerbittlich unterdrückt. Millionen Blutopfer sind dem Moloch Militarismus geopfert worden — umsonst. Hat die Menschheit, ganz besonders der Deutsche, aus all dem Elend etwas gelernt? — Nein! Ein Teil lebt in den Alltag hinein, unbekümmert um das Morgen, da der mühelos erraffte Gewinn ihm den Tisch reichlich deckt, während der andre übergroße Teil in dumpfer Sorge lebt um das kärgliche Brot und jedes Sehnen nach einem Erhalten der ihm von andern erkämpften politischen Freiheit in sich erstickt. Daß jene, welche ihm die Freiheit nehmen wollen, Schuld tragen an seinem Elend, das hat er vergessen!

Nur so ist es zu erklären, daß die gleichen nationalistischen Schreier nach einem verlornen Kriege, dessen Auswirkungen die große Masse der unschuldig Leidenden noch heute, 9 Jahre nach der Kriegserklärung, im schärfsten Ausmaß zu tragen hat, daß die „Nationalen" es wagen dürfen, Republikaner nur deswegen zu beschimpfen, ja sie in den Tod zu stoßen, nur, weil sie aus Verantwortung für Volk und Land ihre ganze Kraft einsetzen, um einen Ausweg aus dem Elend zu schaffen. Weiß der Deutsche davon? Nein, — denn er hat es vergessen!

So kam, was kommen mußte. Die fatalistische Lauheit der Masse, die über den wirtschaftlichen Kampf den politischen zu führen vergaß, ermutigte die Reaktion, im März 1920 den Versuch zu machen, durch den Kapp-Putsch die Demokratie zu beseitigen, die Gewaltherrschaft der Monarchie aufzurichten. Dann erst erwachten die Republikaner. Um sich stark zu machen, den Anschlag abzuwehren, die Republik zu festigen gegen alle neuen Angriffe? Nein, denn sie hatten es sehr bald wieder vergessen, daß sie als Republikaner nur stark waren, wenn sie die Erinnerung an das Geschehene in sich wach erhielten.

Doch, wenn aus feigem Hinterhalt ein Schuß knallt, wenn der nationalistische Meuchler seinem Opfer den Dolch in den Rücken gestoßen, wenn wieder einmal durch Gas und Blausäure einer von denen hinweggerafft wurde, denen das eigne Leben nichts, das des Volkes dagegen alles galt, dann erst trieben Schmerz und Jammer um die Gemeuchelten die empörten Massen auf die Straße, um die anzuklagen, welche immer wieder neues Elend über das Volk bringen. Wenige Tage später aber, und die Flut der Empörung ebbte ab. Arbeit und Lebensnot riefen — wiederum waren die Opfer nutzlos gebracht — vergessen! Soll man, um die Erinnerung wachzurufen, die Namen all derer, die ermordet wurden, oder die man ermorden wollte, weil sie für die Republik eintraten, hier aufführen? Die Namen würden ein Buch füllen!

Am 24. Juni jährt sich der Tag, da wiederum Schüsse knallten, abgegeben von den innern Feinden der Republik, die einen Mann trafen, der es verstanden hatte, das Vertrauen des gesamten Auslandes zu der deutschen republikanischen Regierung zu festigen. Dieser Mann, Rathenau, der als Vertreter der Republik in Genua den Weg zur Völkerverständigung gewiesen, dessen Forderung, Frieden im Namen der Menschlichkeit, lauten Beifall fand, verhandelte in Wiesbaden mit gutem Erfolg mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur. Der zu erwartende günstige Abschluß hätte ein Aufblühen der deutschen Wirtschaft, eine Besserung der deutschen Lebensbedingungen zur Folge gehabt. Das aber durfte nach nationalistischer Auffassung nicht sein, deshalb mußte der republikanische Minister beseitigt werden, damit die deutsche Volkswirtschaft wieder in das Verderben zurückgestoßen wurde. Wie anders hätte sonst der nationalistische Weizen blühen sollen, der nur dann gedeiht, wenn das Volk in Not ist. Wie anders hätte man die Wirkung der heutigen Zustände aufweisen, andre verantwortlich machen können für Ursachen, die man herbeigeführt, um im geeigneten Augenblick als „Retter in der Not" in Erscheinung treten zu können. So mußte nach Erzberger, weil er den Besitz belasten wollte, Rathenau in den Tod gehen, damit Not und Elend das Volk reif mache für die „Helfer".

Wie nach dem Tode Erzbergers fanden sich nach dem Morde an Rathenau auf den Straßen und in den Parlamenten Republikaner zusammen, um die zu verdammen, welche die Meuchler anfeuerten. Ein pomphaftes Begräbnis auf Staatskosten, das Gelöbnis des Durchgreifens, des Wachseins gegen alle innern Feinde der Republik. Verrauscht, vertan — vergessen!

Nur von jenen nicht, welche seit einem Jahr trotz aller Gesetze zum Schutze der Republik erkennen müssen, daß die „Nationalen" die politischen Gewalthaber Deutschlands sind. Vergessen aber auch nicht von denen, welche die Folgen des Mordes durch das verlorene Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft am eignen Leibe erfahren müssen. Darum ist der 23. Juni dazu angetan, daß wir der Toten der Republik gedenken, um an die Pflicht zu gemahnen, für die lebenden Führer der Republik einzutreten, sie zu schützen vor dem Mordstahl der Reaktion. Nicht um ihrer-, sondern um unserwillen. Nicht für Gewaltherrschaft und Besitz, — sondern für Freiheit und Einheit des Volkes. Deshalb gedenke jeder Republikaner mit uns der Toten der Republik, die uns aus den Gräbern gemahnen: „Vergesset nicht."

P.

Haltet Ordnung!

An alle, die am Sonnabend an der Gedenkfeier für die Toten der Republik teilnehmen, richten wir die dringende Bitte, sich streng an die Anweisungen der Ordner zu halten. Die Erfahrungen der letzten Jahre (wir erinnern an die Landfriedensbruchprozesse!) haben gelehrt, wie schwer es in politisch und wirtschaftlich gespannten Zeiten ist, öffentliche Umzüge ordnungsmäßig und reibungslos durchzuführen. Leicht, sehr leicht ist es, unbesonnenen oder gar böswilligen Menschen, Störungen bzw. Ausschreitungen herbeizuführen. Jeder öffentliche Aufzug, dessen Verlauf zeigt, daß die Teilnehmer nicht völlig in der Hand der verantwortlichen Veranstalter sind, schadet aber der Sache, der er dienen soll.

Aus diesen Erfahrungen heraus wird der Fackelzug am Sonnabend gestaltet werden. Es muß der Arbeiterschaft gelingen, die Form zu finden, die auch unter den schwierigsten Umständen das öffentliche Auftreten großer und größter Massen ermöglicht und verantworten läßt. —

Zum Tode verurteilt.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einer Erklärung des Angeklagten. Weniger Todesfurcht als Zweifel spiegeln sich auf seinem Gesicht ab, ob er wohl trotz der Uebersetzung von Geschwornen, Richtern und Staatsanwalt richtig verstanden wird. Der Uebersetzung nach sagte er, daß er die Wrona getötet habe, weil sie ihm dauernd Krach wegen seines Verhältnisses mit der Urbanczyk gemacht hat. Sie hätte ihm auch angedroht, ihn nächstens zu vergiften. Er will daher einen Giftmordversuch befürchtet haben, als ihm die Wrona einige Tage vor der Tat Kognak brachte, den er darum nicht trank. Andern Tags bat ihn dann die Wrona erklärt, sie hätte ein Kind von ihm, sie lasse ihn nicht wieder, sie wolle noch ein Kind haben. Seine Schlußsätze übersetzte der Dolmetscher: „Wenn ich ein Verbrechen begangen habe, so reiche ich meinen Kopf dafür. Ich bitte um ein mildes Urteil."

Hier tritt der Nachteil eines Angeklagten, welcher der Landessprache nicht mächtig und auf den Uebersetzer angewiesen ist, kraß zutage. Nach dem Vorhergesagten kann der Angeklagte mit dem letzten Satz nur gemeint haben: „Ich bitte aber um ein gerechtes Urteil." An der Grenze zwischen Mord und Totschlag, zwischen Tod und Leben, wären wohl zwei Uebersetzer von jeder in Frage kommenden Sprache angebracht gewesen, um auch den leisesten Zweifel auszuschließen.

Staatsanwalt Biehle ergriff darauf das Wort zu seiner Anklagerede. Sie gipfelte in dem Schlusse, daß bei dieser äußerst rohen Tat der Schuldbeweis gegen Jarigyn voll erbracht sei. Dieser habe ohne Zweifel die Wrona vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet. Daher sei die diesbezügliche Schuldfrage zu bejahen. Die Frage nach mildernden Umständen bittet er abzulehnen. Zu bejahen sei auch die Frage nach Hehlerei. Direkten Raubmord hält der Staatsanwalt nicht für erwiesen. Bei der Mitangeklagten Urbanczyk sei die Schuldfrage nach Hehlerei zu bejahen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Niedenzu hält den Beweis dafür, daß die Tötung nach vorher überlegtem Plan erfolgt sei, nicht für erbracht. Die festgestellten Tatumstände lassen vielmehr darauf schließen, daß die Tat im Affekt vollbracht wurde. Dem als Zeugen vernommenen Kutscher sei unbedingt zu glauben, daß er der Wrona keinen unsittlichen Antrag gestellt hat. Diese sei vielmehr von Eifersucht geplagt wieder abgestiegen und habe dem Jarigya eine Eifersuchtsszene gemacht, in deren Verlauf sie getötet wurde. Bei der Urbanczyk nimmt auch der Verteidiger gleich dem Staatsanwalt Hehlerei als vorliegend an. Einleitend hatte Rechtsanwalt Niedenzu die Geschworenen aufmerksam gemacht, daß sie gerade heute, wo es um Tod und Leben geht, eine recht schwere Verantwortung haben, um die er sie nicht beneide. Der Staatsanwalt hielt diese Bemerkung für überflüssig.

Gedenkfeier für die

Toten der Republik

am Sonnabend, 23. Juni,

(Jahrestag der Ermordung Rathenaus)

im „Klosterbergegarten".

Redner:

Erhard Auer (München)

der Führer der bayrischen Sozialdemokratie.

Musikalische Darbietungen, Massenchöre

Den Schluß der Veranstaltung bildet ein

Fackelzug durch die Hauptstraßen Magdeburgs

zum Domplatz.

Schlußansprache: Chefredakteur Paul Bader.

Beginn 7 Uhr. – Teilnehmerkarte 600 Mk.

Zum Tode verurteilt.

Nach einstündiger Beratung der Geschwornen verkündete der Obmann, daß die Schuldfragen gegen Jarigyn auf Mord und Hehlerei bejaht worden sind, ebenfalls die auf Hehlerei gegen die Urbanczyk. Jarigyn nahm den Spruch äußerlich gefaßt auf, während seine Mitangeklagte sichtbar erregt war.

Landgerichtsdirektor Rudolph verkündete darauf folgendes Urteil: Jarigyn wird wegen Mordes zum Tode verurteilt, wegen Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten unter dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Urbanczyk wird wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

*

Erstarrtheit und atemlose Stille im Gerichtssaal. Ein Gesetzbuch schlägt zu. Ein 23jähriger Mensch soll aus der menschlichen Gemeinschaft gestrichen werden. Mit vollem Recht? Wer weiß es? Der Verteidiger ist ehrlich davon überzeugt, daß keine Tat vorliegt, die nach den Gesetzen nur durch den Tod gesühnt werden kann, daß jedenfalls nicht der lückenlose Beweis dafür erbracht ist. Die schwere Bluttat kann nicht ungerochen bleiben. Auch vor Menschen, die im Zorn den Nächsten erschlagen, muß sich die Mitwelt schützen. Jedem Angeschuldigten aber muß nach dem Gesetz die volle Rechtfertigungsmöglichkeit gegeben werden. Darin wurde der zum Tode verurteilte Pole durch seine Unkenntnis der deutschen Sprache beeinträchtigt. Nur dieser Umstand, und nicht etwa das geringste Mitleid mit einem Menschen, der seiner gewesenen Braut die Kehle durchgeschnitten hat, läßt uns daran zweifeln, daß vorliegendes Urteil unbedingt der Weisheit letzter Schluß ist. —

— **Die Zitadelle städtischer Besitz.** Seit Jahren bemüht sich die Stadtverwaltung darum, die Zitadelle in den Besitz der Stadt zu überführen. Die Stadt hat dort um Notstandsarbeiten zu schaffen. Abbruchsarbeiten vornehmen lassen, trotzdem der Staat noch Eigentümer war. Die Arbeiten wurden wieder eingestellt, der Staat hat sie zeitweise wieder aufnehmen lassen. Das alte Bollwerk liegt nun da, halb abgebrochen in einigen Teilen noch erhalten. Zur Zierde gereicht es der Stadt wirklich nicht. Das städtische Hochbauamt hat sich längst mit dem Plane beschäftigt, wie die vorhandenen Bauteile auszuwerten seien bei einer architektonischen Neugestaltung an dieser Stelle. Das Modell einer Elbterrasse, die sich aufbaut auf dem Wall der Zitadelle, war schon wiederholt ausgestellt und ist in der Presse besprochen worden. Warum wird sie nicht gebaut, fragten die Magdeburger, damit endlich die schändlichen Ruinen an der Elbe verschwinden? Es konnte nicht gebaut werden, weil die Stadt noch nicht über die Zitadelle verfügen konnte. Nunmehr ist endlich eine Vereinbarung zwischen Staat und Stadt zustande gekommen. In nichtöffentlicher Stadtverordneten-Sitzung wurde am Donnerstag der Vertrag zwischen der preußischen Regierung und der Stadt über den Tausch des Zitadellengrundstücks gegen das städtische Museumsgrundstück einstimmig genehmigt. Nunmehr wird die Zitadelle städtischer Besitz, nun wird sich hoffentlich auch bald das Bild an der Elbe anders gestalten. —

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Bezirk Alte Neustadt. Montag den 25. Juni, abends 7½ Uhr, Funktionärsitzung bei Böhme (Hotel Neustädter Bahnhof).

Arbeitersänger des Unterbezirks Magdeburg. Am Sonnabend um 7 Uhr „Klosterbergegarten".

— **Die Arbeitersänger des Unterbezirks Magdeburg** treffen sich zur Gedächtnisfeier am Sonnabend um 7 Uhr im „Klosterbergegarten". An Liedern sind mitzubringen: Tord Foleson, Ich warte dein, Sturm und das heilige Feuer. Es darf keiner fehlen!

— **Die Freigeistige Arbeitsgemeinschaft** bittet uns mitzuteilen, daß ihr Sommersonnwendfest auf Sonnabend den 7. Juli, 7 Uhr (Salzquelle) verschoben werden mußte. —

— **Die neuen Sätze für die Wochenhilfe.** Die Sätze der Wochenhilfe und Fürsorge sind durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers wieder erhöht worden. Der einmalige Beitrag beträgt jetzt 50 000 Mark, ohne Entbindung 15 000 Mark, das Wochengeld mindestens 1000 Mark, das Stillgeld mindestens 1500 Mark täglich. Aehnlich sind die Steigerungen bei der Fürsorge. Als minderbemittelt gilt jetzt eine Wöchnerin, wenn ihr und ihres Mannes Einkommen im Jahre vor der Entbindung 300 000 Mark nicht überstieg. Für jedes Kind werden 90 000 Mark angerechnet. Eine dritte Verordnung erhöht die Zulagen und Geldbeträge in der Unfallversicherung. Als Jahresarbeitsverdienst gilt für die männlichen landwirtschaftlichen Arbeiter 972 000 Mark, die weiblichen 518 400 Mark, sonst 1 350 000 Mark. —

— **Die Angestellten zur Juni-Gehaltsregelung des Schlichtungsausschusses.** Eine stark besuchte Versammlung der kaufmännischen Angestellten aus Handel und Industrie, einberufen vom Zentralverband der Angestellten, beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Schiedsspruch für Juni. Der Schlichtungsausschuß verkündete nach mehrstündiger Beratung folgendes Resultat: Die Mai-Gehaltssätze der kaufmännischen und technischen Angestellten werden für den Monat Juni um 190 Prozent erhöht. Die Dienstalterszulage wird für diese Zeit auf 10 000 Mark und die Zulage für fremdsprachliche Korrespondenten auf 15 000 Mark festgesetzt. Der Schlichtungsausschuß hielt es für nötig, darauf hinzuweisen, daß die Zahlungen möglichst sofort erfolgen, damit der Not der Angestelltenschaft schnell entgegengetreten werden kann. Inzwischen haben die Angestelltenorganisationen bei der Arbeitgeberverbänden Anträge gestellt dahingehend, daß, wo die Auszahlung aus bestimmten Gründen nicht sofort erfolgen kann, sofort weitere Abschlagszahlungen geleistet werden. Nach einer regen Aussprache seitens der Versammelten wurde dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses zugestimmt. —

— **Vertrauliche Behandlung von Wucheranzeigen.** Vielfach bitten Personen, die Anzeigen wegen Preiswuchers erstatten, um vertrauliche Behandlung ihres Namens, da sie andernfalls Nachteile verschiedenster Art befürchten. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß diese Befürchtungen nicht immer unbegründet sind und infolgedessen die Verbraucher sich vielfach scheuen, Anzeige zu erstatten, weist der Präsident des Landespolizeiamts, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, die nachgeordneten Behörden darauf hin, daß es im Interesse einer wirksamen Wucherbekämpfung zweckmäß erscheine, einer dahingehenden Bitte soweit als irgend angängig zu entsprechen. —

— **Starkes Anschwellen des Telegrammverkehrs.** Infolge des durch die Markentwertung verursachten lebhaften Bank- und Börsenbetriebs und des Ausfalls einer Reihe von wichtigen Verkehrsmöglichkeiten infolge des Ruhreinbruchs ist, so schreibt die Oberpostdirektion, der Telegrammverkehr in den letzten Tagen so stark angeschwollen, daß er mit dem verfügbaren Personal und den Betriebsmitteln nicht überall ohne Verzögerung abgewickelt werden kann. Die Oberpostdirektion ist bemüht, der Verkehrszunahme Rechnung zu tragen. —

— **Schüler-Ausflüge und Straßenbahn.** Von Eltern und Lehrern ist auch in den Sitzungen der Elternbeiräte schon oft geklagt worden, daß bei Schulausflügen die Kinder erst einen manchmal stundenlangen Marsch haben, ehe sie an die Peripherie der Stadt und ins Grüne gelangen. Die Kinder sind dann bereits ermüdet, wenn sie z. B. im Herrenkrug oder in der Kreuzhorst ankommen. Vom Elternbeirat für die weltliche Schule ist nun der Vorschlag gemacht worden, daß die Straßenbahn wieder, wie vor dem Krieg oft, sich in den Dienst der Kinder und der Schule stellt, die Kinder an die Stadtgrenze befördert und ihnen damit einen längern Aufenthalt in der Natur, in Anlagen und Wäldern ermöglicht. Die Kinder sind dann frischer, nicht ermüdet, haben mehr Genuß von dem Schulausflug, der auf diese Weise weiter ausgedehnt werden kann. Natürlich müßte die Straßenbahnverwaltung den Schülern die Extrawagen, die ja etwas dichter, d. h. mit mehr Kindern als sonst Erwachsenen, besetzt werden könnten, zu einem bedeutend ermäßigten Preise stellen. Hin- und Rückfahrt nach dem Herrenkrug kostet jetzt z. B. von den Vororten 2000 Mark, von der Altstadt aus 1000 Mark, nach Westerhüsen 1500 Mark. Das ist für die Kinder zu teuer. Von uns wurde der Vorschlag auf Ermäßigung bis auf ein Drittel des Preises gemacht. In der städtischen Schuldeputation, welche sich in ihrer letzten Sitzung mit unserm Antrag befaßte, fand dieser einstimmige Annahme. Die Straßenbahnverwaltung soll ersucht werden, für gemeinsame Schulausflüge die Fahrscheine an die Schüler und begleitenden Lehrkräfte zum Durchschnittspreis einer Fahrt auf Schulmonatshefte auszugeben. Schulmonatshefte kosten zum Beispiel seit 15. Juni 6000 Mark; auf eine Fahrt entfallen also zirka 120 Mark, für Hin- und Rückfahrt 240 Mark. Die Straßenbahnverwaltung würde ein gutes Werk tun, wenn sie zu diesem oder (in Anbetracht der Gestellung von Sonderwagen) einem mäßig erhöhten Preise die Kinder billig in die Umgegend befördert. Sie ermöglicht damit auch den ärmern Kindern unsrer Volksschulen, sich an den Schulausflügen zu beteiligen. Gebrauch würden die Schulen und Klassen von dem Entgegenkommen der Straßenbahn gern machen. K. P.

× **Blutiges Ehedrama.** Der seit einem halben Jahre von seiner Familie getrennt lebende 25jährige Arbeiter Emil Schindler kam am 21. d. M. nachmittags gegen 5½ Uhr in den Verkaufsladen seiner Schwiegereltern, Bäcker Pflugmacher, Wolfenbüttler Straße 18, gab auf seine dort anwesende Ehefrau und seinen 3jährigen Sohn mehrere Schüsse ab, die den sofortigen Tod der Frau und schwere Verletzung des Knaben zur Folge hatten. Mit dem letzten auf sich gerichteten Schusse brachte er sich selbst eine schwere Kopfverletzung bei. Schindler ist gelernter Barbier, lebte aber in ungeordneten Verhältnissen und hatte schon längere Zeit nicht mehr für seine Familie gesorgt. Aus diesem Grunde hatte seine Frau sich von ihm getrennt und bei ihren Eltern Zuflucht gesucht. —

× **Als Leitungsdrahtdiebe** wurden ermittelt der Handelsmann Artur Schmiedel aus Gerwisch und der Reisende Max Roske von hier. Sie haben größere Mengen Draht am 14. d. M. abends am Bahndamm bei Gerwisch aus den Post- und Bahnleitungen herausgeschnitten. —

× **Festgenommen** wurde der wohnungslose, kürzlich erst aus der Strafanstalt entlassene Kupferschmied Werner Drestler, der am 21. d. M. bei Kellereinbrüchen in der Klewizstraße betroffen wurde. —

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Städtische Theater. Stadttheater. Sonnabend (C. Anrechtsabend): Ostern. — Sonntag (Anrecht aufgehoben): Die Meistersinger von Nürnberg.

Viktoria-Theater. Sonnabend (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst. Sondervorstellung): Die goldene Eva. — Sonntag (Offene Vorstellung): Mohrenwäsche. —

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag 24. 6., nachm. 5 Uhr, Marstallstr 1, Dr. Köstlin: „Gott und das menschliche Leiden". Jedermann hat Zutritt. [1161

Freigeistige Arbeitsgemeinschaft. Sonnwendfeier ist um 14 Tage auf 7. Juli verschoben. Karten behalten Gültigkeit. [1230

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis × Schlüsselzahl der Buchhändler z. Zt. 6300.

Zur Abholung liegen bereit:

Gartenschönheit Nr. 6; **Welt und Wissen** Nr. 6. **Schaffende Frau** Nr. 42. **Arbeiter-Jugend-Internationale** Nr. 6; **Leben des Menschen** Nr. 14; **Landfahrer** Nr. 5; **Blätter für Volksaufklärung** Nr. 5/6; **Neue Zeit** Nr. 5.

Neuerscheinungen.

Andersen: **Märchen.** Eine Auswahl für die Jugend. Mit 12 Lithographien. Hübscher Ganzleinenband. Grundpreis 7.00 Mark. — Georg Brandes: **Heinrich Heine.** Mit 2 Radierungen, Bildbeigaben und 1 Faksimile. Grundpreis 8.00 Mark. — Gorki: **Erinnerungen an Tolstoi.** Grundpreis 1.00 Mark. — Perrault: **Gänsemütterchens Märchen.** Illustrationen von Dore. Grundpreis 3.60 Mark. — Stifter: **Hochwald.** Illustriert. Grundpreis 4.00 Mark.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wanzleben.

Diesdorf. Einen guten und lehrreichen Vortrag gab in der Mitgliederversammlung der V. S. P. D. der Redakteur Genosse Müller. Er schilderte die Ursachen der heutigen Verarmung des Volkes. Das Schwergewicht seiner Ausführungen legte er darein, daß von der Arbeiterschaft mehr wie bisher Verantwortungsgefühl aufgebracht werden muß und der von unsrer Partei geleisteten Arbeit mehr Verständnis entgegenzubringen ist. Nicht Schimpferei und Streitsucht bringt uns vorwärts, sondern Klarheit über das, was zu geschehen hat. Die Diskussion ergab, daß den Ausführungen des Genossen Müller durch die Versammlung zugestimmt wurde. Vom Vorsitzenden wurde noch bekanntgegeben, daß wir zum 15. Juli zur Bannerweihe in Biederitz eingeladen sind, und wünscht rege Beteiligung. Auch die Bücherverlosung der hiesigen Sozialistischen Arbeiterjugend muß eine regere Unterstützung finden. — Der Kraft- und Sportverein Diesdorf veranstaltet am Sonntag den 24. d. M. in unserm Orte ein Sportfest, auf welchem große athletische Wettkämpfe ausgefochten werden. Da viele auswärtige Vereine sich zu diesem Wettkampf angemeldet haben, verspricht das Fest ein recht interessantes zu werden. Ein zahlreicher Besuch des Festes ist daher zu empfehlen. —

Unterbezirke Neuhaldensleben-Wolmirstedt.

Vergebliche Mohrenwäsche.

Die Neuhaldensleber Bruderschaft des Jungdeutschen Ordens hatte es furchtbar eilig, die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung gegen sie erhobenen Vorwürfe mit einem „Abwehrartikel" im Wochenblatt zu beantworten. Der Zweck dieser dreisten Stilübung ist, der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und die Ziele des Ordens zu verschleiern. Daß dieses Beginnen, die Tendenzen des Ordens und das Verhalten seiner Mitglieder als einwandfrei hinzustellen, vergebliche Mohrenwäsche ist, müßte den Hintermännern dieser Bewegung zum Bewußtsein gekommen sein, wenn sie das Ergebnis der polizeilichen Feststellungen gelesen haben, zu denen die sozialdemokratische Anfrage im Stadtparlament Veranlassung gab. Aus ihnen geht einwandfrei hervor, daß Mitglieder des Neuhaldensleber Jungdeutschen Ordens mit Angehörigen des Reichswehrblocks Roßbach in dem von der „Volksstimme" aufgedeckten Sinne in Verbindung gestanden haben, daß in der Versammlung des Ordens für diese Organisation geworben worden ist und daß sich in den Händen eines Mitglieds militärische Ausrüstungsgegenstände und Waffen befunden haben. Die von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwürfe sind demnach gar nicht so „ungeheuerlich", wie der Verfasser des Eingesandtes im Wochenblatt glauben machen will.

Diese Dinge stehen in einem merkwürdigen Kontrast zu der an der gleichen Stelle aufgestellten Behauptung, der Orden stehe auf dem Boden der Verfassung. Das Schicksal der Weimarer Verfassung wäre besiegelt, wenn sie sich lediglich auf Organisationen wie den Jungdeutschen Orden stützen könnte. Wir sind jedoch objektiv genug, anzuerkennen, daß einem Teile der jungen, unreifen Elemente, die sich heute in jugendlicher Eitelkeit mit dem Ordenszeichen schmücken, das Verständnis dafür abgeht, welchen Bestrebungen sie dienstbar gemacht werden. Um so genauer wissen es die Hintermänner dieser auf die schwarzweißrote Fahne der Reaktion vereidigten Bewegung. Wir nennen nur zwei Namen: Hintze, Althaldensleben, der die Rolle eines „Großmeisters" des Ordens spielt, und Lemme, Althaldensleben, beides ausgesprochene Deutschvölkische, von denen der letztere die Weihen in der Redaktion des berüchtigten, zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilten Sozialisten- und Judenfressers Hottenroit erhalten hat. Wenn solche Leute Einfluß auf Jugendliche gewinnen, braucht man nach einer Erklärung für die unheilvollen Geschehnisse, die das deutsche Volk in den letzten Jahren nicht zur Ruhe kommen ließen, nicht lange zu suchen. Das sind gefährliche Jugendfreunde, die von den „vernünftig denkenden Kreisen der Arbeiterschaft" längst erkannt sind und von ihnen mit aller Entschiedenheit bekämpft werden, weil sie mit ihrem Anhang den Gesundungsprozeß in der Republik gefährden. Das mögen sich die Leute, die hinter dem phrasenhaften Eingesandt im Wochenblatt stehen, gehörig hinter die Ohren schreiben.

Wie diese Leute übrigens einzuschätzen sind, lehrt der niederträchtige Versuch, den Genossen Herrmann wegen seiner Ausführungen im Stadtparlament beim Staatsanwalt zu denunzieren. Daß ihm scharfe Worte entfahren sind, ist angesichts der Erregung über das die Ruhe und Ordnung der Stadt gefährdende Treiben der sich hinter dem Jungdeutschen Orden verbergenden deutschvölkischen Elemente begreiflich. Der Hinweis auf den § 111 des Strafgesetzbuchs von dieser Seite ist bezeichnend für die Unverfrorenheit dieser Elemente, die sich viel mehr für andre Gesetzesbestimmungen interessieren sollten. Angebrachter wäre es, den § 111 deutschvölkischen Agitatoren in Erinnerung zu bringen, die offensichtlich Mordpropaganda getrieben haben und noch heute treiben.

Bei dieser Gelegenheit noch ein kurzes Wort zu dem Eingesandt des Inhabers des Café Buck. Soweit er darin auf den Vorfall mit dem Landwirt eingeht, ist er im Recht. Es ist in diesem Zusammenhange nicht vom Café Buck, sondern von einem andern Lokal gesprochen worden. Anders liegen die Dinge, soweit er sich gegen die Behauptung wendet, sein Lokal sei der Sammelpunkt reaktionärer Elemente. Es wird ihm schwerfallen, in Abrede zu stellen, daß sich bei ihm nationalistische Kreise Stelldichein geben, die zuweilen noch in mitternächtlicher Stunde die bekannten Lieder grölen. Das müßte Herr Buck doch wissen. Schließlich sei aber kein Gedächtnis noch mehr aufgefrischt und daran erinnert, daß man seinerzeit bei einer Haussuchung bei ihm Handgranaten sowie ein Gewehr und Munition fand, über deren Vorhandensein er keine befriedigenden Erklärungen abgeben konnte. So harmlos, wie sich Herr Buck in dem Eingesandt gibt, scheint er demnach nicht zu sein. Und was die Uebertretung der Polizeistunde anlangt, so mag es zutreffen, daß es wenige Gastwirte gibt, die deshalb noch nicht bestraft sind. Es wird aber auch wenige geben, die der Polizei gegenüber ihren Herr-im-Hause-Standpunkt so zum Ausdruck bringen, wie es Herr Buck unwidersprochen getan hat. Die Tatsache, daß er mit der Höchststrafe belegt worden ist, ist Beweis genug. Herr Buck hätte sich demnach nicht in geistige Unkosten stürzen, sondern lieber schweigen sollen, denn wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. —

Kreis Jerichow 1.

Burg. Sehr schnell fand sich die Stadtverordneten-Versammlung wiederum zu einer Sitzung zusammen. Sechs Dringlichkeitsanträge des Magistrats werden zum Schluß der Tagesordnung erledigt. Punkt 1 und 2 der Tagesordnung betreffen Bericht über die Rechnungen der Volksschulen und Mittelschulen. Die Rechnungen sind geprüft und die Etatsüberschreitungen werden bewilligt. An dem Antrage des Magistrats wegen Verwendung des 52-Millionen-Darlehens rügt Genosse Stollberg das Verhalten des Stadtbauamts gegenüber der Stadtverordneten-Versammlung und dem Magistrat. Der Ton, der in der Vorlage vom Beamten des Stadtbauamts geführt wird, ist entschieden zurückzuweisen. Es wäre besser, wenn die vom Verfasser des Schriftstücks verwendete Zeit in andrer Weise verwendet worden wäre, zum Nutzen der Stadt. Es wird beschlossen, 25 Millionen Mark des Darlehens zum Ankauf von Baumaterialien zu verwenden. Einem Antrage des Magistrats wegen Verkauf von Grundbesitz in der August-Bebel-Straße an die Firma Peters & Bettge wurde zugestimmt. Das Quadratmeter wird mit 1500 Mark verkauft und im Falle von Durchbau von Straßen muß das benötigte Gelände wieder kostenfrei abgegeben werden. Für die Bekanntmachungen des Magistrats in den hiesigen Zeitungen und in der „Volksstimme" werden je Monat 40 Setzerstunden als Zahlung beschlossen. Den Ortssatzungen über die Zahl der Stadtverordneten wurde zugestimmt. Es sollen demnach auf die Stadt Burg bei zukünftigen Wahlen 30 Stadtverordnete. Der Verpachtung der Grasnutzung am Deichwall wurde zugestimmt. Die Grasnutzung wird auf 6 Jahre verpachtet in der Roggenwährung von 19 1/4 Zentnern. Die Verpflegungskosten für das Polizeigefängnis werden der Verteurung entsprechend erhöht. Von der Rechnung der Armenkasse für 1921 wird Kenntnis genommen und der Finanzkommission zur Prüfung überwiesen. Das Schulgeld für das Luisen-Lyzeum wird ab 1. Juli auf 75 000 Mark erhöht. Es wird beschlossen, das Grundstück der Firma Pohlmann und Zühlke an der Frhr.-vom-Stein-Straße für die Stadt zu erwerben für die Kaufsumme von 26 Millionen Mark. Die Vergebung der Arbeiten zur Fertigstellung des Gebäudes wird öffentlich ausgeschrieben. Infolge der letzten Preiserhöhungen war es auch notwendig, die Schlachthofgebühren zu erhöhen. Herr Renich als Referent schlägt vor, die Gebühren ab 1. Juli um etwas über 100 Prozent zu erhöhen. Es wird so beschlossen und gleichfalls wird der Zentner Eis auf 15 000 Mark festgesetzt. Genosse Fissel tritt dafür ein, daß festgestellt werden muß, was der Stadt die Herstellung des Eises kostet, es kann nicht angehen, daß die Stadt an dieser Produzierung Geld zulegt. Herr Stadtrat Zweig bezweifelt, daß der Schlachthofdirektor nach seinen eignen Aussagen die Fähigkeiten zur Berechnung dieser Angelegenheit hat, und glaubt, daß es notwendig ist, einen Fachmann damit zu betrauen. Herr Stadtv. Duchow bezweifelt, da gespart werden soll, daß das Personal des Schlachthofs genügend Arbeit hat, und kann auch in dieser Beziehung gespart werden. Die Kanal- und Wassergebühren werden auf das 3000fache der Gebäudesteuer festgesetzt. Herr Deutsch als Referent führt aus, daß diese Erhöhungen notwendig sind und eine große Belastung für Hausbesitzer und Mieter bedeuten, aber nicht zu vermeiden sind. Die Erhebungen werden in Zukunft monatlich geschehen. Die Sätze sind gültig ab 1. April 1923. Der Mindestverbrauch beträgt 25 000 Mark, das Kubikmeter Wasser vom Mehrverbrauch wird mit 500 Mark berechnet. Der Antrag des Magistrats zur Aufhebung der Haftpflichtversicherung und zur Gründung eines Selbstversicherungsfonds zu schreiten, wird angenommen. Die Zinssätze der städtischen Sparkasse werden auf 6, 8, 10, 12 und 14 Prozent erhöht. Um 6 3/4 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. —

Burg. Hinweis. Für unsre Leser in Burg liegt heute ein Prospekt der Roland-Lichtspiele bei. —

Gerwisch. Jeder Genosse, Sozialdemokrat oder Freund der Republik muß morgen Sonnabend den 23. d. M. die bei Rüdiger, Gasthof zur Ostmark, stattfindende Mitgliederversammlung des Parteivereins besuchen. Die Genossen der Siedlung wollen sich zahlreicher beteiligen als beim letztenmal. —

Kreis Kalbe.

Kalbe. Stadtverordneten-Sitzung. Mit der Niederschlagung von Krankenhauskosten bzw. Uebernahme auf die Armenkasse in Höhe von 94 730 Mark erklärt sich die Versammlung einverstanden. Für die städtischen Lehrlinge Meyer, Reichardt und Ritter werden die Mittel zur Beschaffung der Lehrmittel für die Berufsschule bewilligt. Dem teilweisen Verkauf des Spritzenwegs hinter dem Grundstück Nienburger Straße 9 zum Preise von 1000 Mark pro Geviertmeter wird zugestimmt. Die Zahl der nach der neuen Städteordnung zu wählenden Stadtverordneten wird auf 23 festgesetzt. Da die Stadt durch die säumige Zahlung von Steuern und Gebühren Verluste erleidet, wird beschlossen, für die Folge 10 Prozent Verzugszinsen zu berechnen. Die Realsteuern für 1923 können noch nicht erhoben werden, da die Aenderung des Gewerbesteuer-Gesetzes erst kürzlich erfolgt ist. Die Stadt braucht jedoch Geld, und es wird beschlossen, für das 1. Halbjahr 1923 das Zehnfache der vorjährigen Steuern als Vorschuß zu erheben. Dadurch ist dem Steuerpflichtigen die Möglichkeit gegeben, Vorauszahlungen zu leisten. Bleibt die endgültige Veranlagung hinter der des Vorjahrs zurück, so werden die überzahlten Beträge zurückerstattet. Den Bestbietenden für die städtischen Kirschen wird der Zuschlag erteilt, und soll für die Folgezeit darauf gesehen werden, daß bei Verpachtungen die Pächter gehalten werden sollen, ein bestimmtes Quantum Obst zu angemessenen Preisen abzugeben haben. Für den verstorbenen Armenbezirksvorsteher Lorenz wird der Bäckermeister Rehich für den ersten Bezirk gewählt. Die wöchentliche Armenunterstützung wird um 100 % erhöht. Der Hamsterfang soll stadtseitig verpachtet werden. Eine Kommission wird die Grundlagen hierfür erwägen. Die für die Notstandsküche entstandenen Heizungskosten in Höhe von 160 000 Mark werden auf die Stadtkasse übernommen. Infolge der hohen Gestehungskosten der Badegelegenheit im Wasserturm mußte der Badebetrieb im vergangenen Jahre gänzlich eingestellt werden. Der Betrieb soll jedoch wieder eröffnet werden. Um nun den Betrieb einfacher und wirtschaftlicher zu gestalten, soll die ganze Badeanlage umgebaut werden. An Kosten werden bei sofortiger Ausführung 3 482 500 Mark entstehen. Diese werden jedoch durch Kohlenersparnis usw. in kurzer Zeit aufgewogen. An die Einrichtung eines Freibades dürfte wegen der großen finanziellen Schwierigkeiten in diesem Jahre nicht gedacht werden. Für die Kleinrentner sind der Stadt weitere Mittel zur Verfügung gestellt; der von der Stadt zu leistende Zuschuß beträgt 6 037 263 Mark, welcher bewilligt wird. Ein entsprechender Teil der Aufwendung soll auch diesmal der Suppenküche zugeführt werden. Die Hundesteuer wurde erhöht, und beträgt für den ersten Hund 12 000 Mark, für jeden weiteren 18 000 Mark. Wie bisher, tritt auch weiter Steuerfreiheit für Zughunde usw. ein. Geplant wird, eine bewegliche Hundesteuer einzuführen, um diese Steuer der Geldentwertung anzupassen. Für den Vorsitzenden des Miteinigungsamts wird die Entschädigung auf monatlich 1500 Mark festgesetzt, zu der die jeweils staatlich festgesetzten Teurungszuschläge treten. Der Kaufmann Hermann Dorendorff hat zur bleibenden Erinnerung an seine Großeltern und als Dank für den vom Magistrat ihnen gewährten Aufenthalt im hiesigen Hospital der Stadt einen Betrag von 200 000 Mark unter dem Namen „Hermann Dorendorffsche Stiftung" überwiesen. Die Einkünfte dieser Stiftung (20 000 Mark) sollen alljährlich am Geburtstage seines Vaters an 20 Insassen des Hospitals verteilt werden, und zwar erstmalig am 18. Oktober 1924. Der zu verteilende Betrag soll nicht unter 1000 Mark sein. Eheleute erhalten das Doppelte. Die Verteilung erfolgt nach dem Alphabet ohne Unterschied. Der Vorsteher bringt die Beschwerdeschrift eines von Beamten der Schupo Mißhandelten zur Kenntnis. Da der Magistrat hierfür nicht zuständig ist, soll der Fall zur weiteren Klärung an die in Frage kommende Behörde weiter gegeben werden. Bürgermeister Genosse Strobel rügt das Verhalten vieler junger Burschen in den Abendstunden auf den Straßen, verurteilt aber das Verhalten der Sicherheitsbeamten und spricht denselben das Recht ab, ihre Machtbefugnisse zu überschreiten. Der Siedlungsverein „Selbsthilfe" bittet den Magistrat um finanzielle Unterstützung, da die Bauzuschüsse noch nicht in der Weise zur Auszahlung gekommen seien, wie es angebracht wäre. Die Mithilfe der Stadt wird zugesagt, vorderhand ist dieselbe jedoch dazu nicht in der Lage, Gelder zur Verfügung zu stellen. Da die Reichsbahndirektion die Einlegung eines Arbeiterzugs nach Barby abgelehnt hat, der Zug jedoch als unbedingte Notwendigkeit anzusehen sei, sollen dieserhalb nochmals die nötigen Schritte unternommen werden. —

Atzendorf. Eine Mitgliederversammlung der Konsum- und Spargenossenschaft Kalbe fand am 17. Juni statt. Der Geschäftsführer gab den Tätigkeitsbericht und den Bericht von der letzten Generalversammlung in Kalbe, wo der Geschäftsanteil auf 60 000 Mark erhöht wurde. Die Mitglieder standen alle auf dem Standpunkt, das, was wir uns geschaffen haben, zu erhalten und schlossen sich einstimmig den Kalber Genossen an. Zum Schlusse wurden noch einige Fragen erörtert im Bezug auf die Verkaufszeit. Die Mitglieder werden ersucht, die Verkaufszeit einzuhalten, damit auch der Lagerhalter in den Genuß des Achtstundentags kommt. —

Kleine Chronik.

700 Abtreibungen. Einen Einblick in die Nöte unsrer Zeit gewährte eine Verhandlung, die vor dem Schwurgericht des Landgerichts 1 in Berlin gegen den Apotheker Bobolz, den Heilgehilfen Hubert Meider und vier Frauen wegen fahrlässiger Tötung und Verbrechens gegen das keimende Leben geführt wurde. Meider ist geständig, in etwa 700 Einzelfällen bei Frauen unerlaubte Eingriffe vorgenommen zu haben. Er war geprüfter Heilgehilfe bei einer Unfallstelle und wohnte bei einem Dr. Neuhäuser in der Neuen Hochstraße. Im gleichen Hause befindet sich eine Apotheke, in der Bobolz tätig war. Wandten sich Frauen und Mädchen um Hilfe an Bobolz, so versuchte er es zunächst mit einer Tablettenbehandlung. Wenn diese nicht half, führte er die Patienten Meider zur Vornahme eines operativen Eingriffs zu. Meider gab sich den Leuten gegenüber als Arzt aus. Im November 1922 starb im Krankenhaus die 18jährige Arbeiterin Margarete Rahn. Vor ihrem Tode hatte sie erzählt, daß sie bei einem Arzt gewesen sei, und daß der gegen Zahlung von 1500 Mark bei ihr einen operativen Eingriff vorgenommen habe. Die Untersuchung des Falles führte zur Aufdeckung des Treibens von Bobolz und Meider. Die Verhandlung selbst wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Sie endete mit der Verurteilung Meiders zu sechs Jahren Zuchthaus. Bobolz und Frau Meider wurden freigesprochen. Zwei mitangeklagte Frauen erhielten Gefängnisstrafen von 7 bzw. 9 Monaten mit 3jähriger Bewährungsfrist. —

Zwei vom schwachen Geschlecht. In Klein-Ago in Thüringen sollten zwei unverheirateten Bäuerinnen, die gemeinsam ein Gut von 28 Morgen bewirtschaften, wegen sehr schlechter Bestellung ein Teil der Aecker abgenommen werden. Die beiden Damen fielen aber über den Beamten, der ihnen die Nachricht brachte, her, rissen ihm die Uniform vom Leib und verprügelten ihn derart, daß er flüchten mußte. Es mußte Gendarmerie eingreifen. —

Wenn das nicht hilft! Das Anhalten der naßkalten Witterung droht die diesjährige Ernte beträchtlich zu verzögern und gefährdet ihre Ausreifung. Im Blick auf den Ernst der Situation hat das evangelische Konsistorium für seinen gesamten Aufsichtsbereich die Veranstaltung besonderer Bittgottesdienste um Erntesegen angeregt. —

Hitzwelle in Amerika. Während es in Mitteleuropa kalt ist, leiden die Vereinigten Staaten zurzeit unter einer Hitzwelle. Der 20. Juni war der heißeste Tag, den Neuork seit 20 Jahren hatte. Infolge Hitzschlags haben sich fünf Todesfälle ereignet. —

Fräulein.

Roman von Paul Enderling.

Copyright by J. G. Cottasche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

(48. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Henning setzte sich gehorsam an den angewiesenen Platz. Die ganze Stube lag zwischen ihnen. „Nun," sagte er, ungeduldig mit dem Fuß auf den Boden klopfend.

Langsam begann sie zu erzählen, immer vor sich hin auf den Boden sehend, wo die kleinen [illegible] lagen. Sie sprach von ihrem [illegible]. Sie erzählte von [illegible], und wie Annemarie sie zurückgebracht.

„Annemarie, wer ist das?" Es war das erste Wort, das er bisher eingeworfen.

„Ach ja, Du weißt auch nicht ihren Namen. Es ist Fräulein. Aber jetzt heißt sie Annemarie."

Sie erzählte, wie die Flut der Sehnsucht höher, immer höher gestiegen sei, bis sie zu ertrinken drohte, bis sie ihn — den andern — [illegible]. Sie beschönigte nichts, verschwieg nichts und ließ nichts aus.

Und als sie fertig war mit ihrem Bekenntnis, sprang sie auf, blieb aber am Fenster stehen und fragte leise, fast gleichgültig: „Willst Du mich [illegible] noch?"

Er war bleich geworden und hielt wie in [illegible] die Augen geschlossen. Die Hände hatte er fest um den Stuhl gekrampft. „Ja," sagte er nach einer langen Pause. Und wie um sich zu bestätigen, wiederholte er leise: „Ja." [illegible] — er hatte sie nie so geliebt [illegible] —, sprang er auf und eilte zu ihr.

„[illegible]," flüsterte sie, sich an ihn lehnend. „[illegible], daß ich wieder frei wurde."

[illegible]

„Du kannst mich ruhig küssen," sagte sie. „Das andre ist [illegible]. Ja, es ist vorbei."

Er ließ sie los und trat zurück. Ein bitterer Zug überflog sein Gesicht. „Weil er Dich nicht wollte!"

„Ja," sagte sie ruhig. „Aber so ist das Leben. So sind wir Frauen. Du liebst mich ja aber. So denke doch wie — ist es nicht Mignon? — denke: Wenn ich Dich liebe — was geht's dich an?"

Er sah sie verblüfft an. „Das sagt nicht die holde Mignon, sondern die freche Philine."

„Nun ja —"

„Das ist ein großer Unterschied, liebes Kind." Der Philologe in ihm war erwacht. Sie merkte: er fühlte sich ihr plötzlich überlegen. In belehrendem Ton, als stände er auf dem Katheder, fuhr er fort: „Es ist ein gänzlich unmoralischer Spruch und hat einen ganz andern Sinn, als den Du ihm jetzt beilegst. Er ist das Resultat einer egoistischen Weltanschauung."

„Bist Du nicht auch ein Egoist?"

„Ich?"

„Ja. Willst Du mich nicht mitsamt meiner Vergangenheit? Du verlangst ein bißchen viel. Begnüge Dich doch mit der Zukunft."

„Mit der Zukunft —" sagte er und sah sie fast lauernd an. „Ja ja, das ist alles schön und gut. Aber —"

Thea begriff, was er meinte. Der gute Henning war nicht so schwer zu begreifen. In ihm kämpfte ein jäh erwachtes Mißtrauen mit der Verlegenheit, wie er es [illegible]. Und als Thea ihn ganz und gar begriff, ging sie von ihm fort zum Fenster und sagte: „Also lebe wohl!"

Er fuhr auf. „Thea, was soll das?"

Sie schwieg und sah zum Fenster hinaus.

Er trat zu ihr. „Thea, Du bist mir Rechenschaft schuldig."

Langsam drehte sie sich um. „Nein, mein Lieber, Du irrst. Ich bin Dir nichts mehr schuldig. Jetzt nicht mehr . . . Aber nun geh und [illegible], bis ein böses Wort fällt, das uns beiden leid tut. Wir wollen in Freundschaft auseinandergehen, nicht wahr?"

„So war das nicht gemeint," stammelte er verwirrt.

„Doch. So ist es gemeint," beharrte sie. „Ich sah es Dir an: Du gingst in Gedanken von mir fort, da Du mir nicht trautest. Geh nun auch in Wirklichkeit." Als er noch zögerte, setzte sie lächelnd hinzu: „Nicht wahr? Es wäre Dir lieber gewesen, wenn ich dies alles nicht gesagt hätte?"

„Ja," sagte er schnell, wie aufatmend bei dem Gedanken an diese Möglichkeit.

„Siehst Du? Und das ist es gerade, was uns nun trennt. Begreifst Du das nicht?"

Nach einer Weile nickte er. „Ich konnte nicht anders. Verzeih!" Er ging langsam zur Tür.

Als er schon die Hand auf der Klinke hatte, wandte er sich noch einmal um: „Ich glaube, ich hätte Dich dennoch immer lieb gehabt."

Und der Blick, mit dem er sie streifte, hatte wieder das Demütige und Schüchterne des frühern Henning.

Thea ging schnell zu ihm und gab ihm die Hand. „Du hast es gut mir mir gemeint, ja, und es tut mir von Herzen leid, daß ich nun so viel Unruhe in Dein Leben gebracht habe."

„Nein nein," stotterte er.

„Hab Dank!" Aber als sie merkte, daß er sich niederbeugte, um ihre Hand zu küssen, ging sie schnell von ihm fort zum Fenster und sah hinaus. Sie wandte sich auch nicht um, als sie die Tür zufallen hörte.

Nach einer langen, langen Zeit sah sie ihn unten aus dem Hause treten und den Platz überqueren. Zwei junge Leute, die ihm begegneten, grüßten ihn. Wahrscheinlich waren es Schüler. Er erwiderte den Gruß nicht. Sie sah, wie die beiden sich nach ihm umdrehten.

Er tat ihr leid. Fast empfand sie zum erstenmal etwas wie Liebe für den stillen, bescheidenen Mann.

„Armer Kerl," sagte sie leise. Wie damals am Verlobungstag.

(Fortsetzung folgt.)

Der Hund in der Dachrinne! Aus einer eigenartigen Ursache wurde die Hauptwache der Feuerwehr in Berlin am Donnerstag vormittag gegen 5 Uhr angerufen. Ein Wachthund des Warenhauses Wertheim hatte sich auf dem Dache verlaufen und saß in der Dachrinne, so daß er abstürzen konnte. Die Feuerwehr entsandte mehrere Beamte mit einer mechanischen Leiter, die schließlich nach längerem Bemühen den wertvollen Hund aus seiner übeln Lage befreien konnten. —

Lavaangriff auf Lingua Glossa. Man meldet aus Catania, daß die Lava ihren langsamen, aber unerbittlichen Vormarsch fortsetzt. Die Front des Lavaflusses hat sich noch mehr verbreitert und beträgt an einigen Stellen einen Kilometer. Der Aschenregen hört nicht auf. Die Luft wird immer schwüler, und man kann kaum mehr atmen. Ein großer Teil der Waldungen um Lingua Glossa steht in Flammen. Während der Nacht hat die Lava ihre Geschwindigkeit noch beschleunigt. An einzelnen Stellen erreicht sie die Höhe von 20 Metern. Lingua Glossa ist von zwei Seiten eingeschlossen. Nach den letzten Meldungen hat der Ausbruch des Aetna nachgelassen. Nach den Erfahrungen früherer Ausbrüche dürfte die Krise überwunden sein. In einer offiziellen Note dankt Italien für die angebotene Auslandshilfe, lehnt sie jedoch ab, da Italien imstande ist, sich selbst zu helfen. —

Geschichte der Aetna-Ausbrüche.

Europas mächtigster und höchster Vulkan, der Aetna auf der Insel Sizilien, ist zugleich auch der tätigste. Sein Zwillingsbruder, der Vesuv, der sich bei seinen selteneren Eruptionen drohend und majestätisch genug ausnimmt und dessen schwere Ausbrüche nicht minder katastrophal als die des Aetna wirken, ist neben diesem doch nur ein Knirps; denn das Aetnamassiv ist reichlich dreißigmal so groß wie die des Vulkans von Neapel. Der Stromboli auf der gleichnamigen lipartischen Insel ist noch winziger, wenngleich er niemals auch nur für einen Tag zur Ruhe kommt. Aber der Vesuv war, wie man weiß, bis zum Jahre 79 n. Chr. ein für erloschen geltender Vulkan, und erst der furchtbare Ausbruch, dessen klassische Schilderung wir dem jüngsten Plinius verdanken, und dem die Städte Herculanum und Pompeji zum Opfer fielen, zeigte den Römern, daß sie sich an den Abhängen eines Vulkans ihre üppigen Landhäuser und Luststätten gebaut hatten. Doch die außerordentliche Fruchtbarkeit und die landschaftlichen Reize des Vesuvs sowohl wie des Aetnagebiets ließen bald nach jeder Katastrophe alle Sorgen und Bedenken immer wieder zurücktreten, und so ist auch heute der weite Abhang des Aetnakegels von mehr als 400 000 Menschen dicht bewohnt

Allein aus historischer Zeit kennt man rund 40 katastrophale Eruptionen, darunter 11 Ausbrüche aus der Zeit vor Christi Geburt, unter denen die von 477 und 121 nach den geschichtlichen Ueberlieferungen am größten waren. Aus dem ersten nachchristlichen Jahrtausend fehlt es an zuverlässigen Aufzeichnungen, aber man darf annehmen, daß diese auch zu jener Zeit nicht gefehlt haben, und daß nur der um die Mitte des ersten nachchristlichen Jahrtausends erfolgte Untergang der römischen Kultur die Ursache ist, wenn wir aus jenen Zeitläuften von großen Aetnaausbrüchen nichts wissen. Einer der gewaltigsten Ausbrüche des Mittelalters war der vom 4. Februar 1169, mit dem ein furchtbares Erdbeben verbunden war. Es zerstörte fast ganz Sizilien und Kalabrien; in Katania blieb kein Stein auf dem andern und die Katastrophe muß von der gleichen Furchtbarkeit gewesen sein wie die, der am 28. Dezember 1908 Messina zum Opfer fiel. Die überlebenden Bürger von Katania mußten sich mit Mühe einen Weg durch den Aschenregen und durch die glühenden Steine bahnen, die der Aetna auswarf. Zweihundert Jahre später, 1329, wurde Katania von neuem verwüstet; dann vergingen aber zwei Jahrhunderte ohne jede größere Katastrophe, und an den Abhängen des Aetna entstanden die meisten Ortschaften und Siedlungen, die bis zum heutigen Tage blühen. Reicher an furchtbaren Ausbrüchen als irgendein andres war das 17. Jahrhundert; von 1603 bis 1620 war der Berg fast in beständiger Tätigkeit, aber alle diese Katastrophen bedeuteten nichts gegen das Erdbeben und den Ausbruch von 1669. Am 11. März dieses Jahres bildete sich oberhalb Nicolosi ein riesiger Spalt; aus Schlacke und Asche entstanden damals die beiden Monti Rossi, und die Lavamassen, 4300 Meter breit, wälzten sich südwärts gegen Katania, drückten die Stadtmauern ein und flossen durch den Westen der Stadt ins Meer, wo sie einen Teil des Hafens ausfüllten und die Küste weit vorschoben. 12 Städte und Dörfer waren ganz oder teilweise, 6 andre durch die Erdbeben zerstört. Im 18. Jahrhundert gab es 3, im 19. Jahrhundert 15 Verderben bringende Ausbrüche. —

Aus der Jugendbewegung.

Das Wirken der Jugend.

Fern dem Lärme der Fabriken hat sich am Sonntag den 17. Juni die sozialistische Jugend in der schönen Erholungsstätte bei Sandersleben zusammengefunden. Nicht nur die Erledigung organisatorischer Kleinarbeit, sondern das ernste Verlangen, Wege zu finden, die vorwärts weisen, Fundamente zu schaffen zu neuem Wirken, das war es, was hier die Vertreter der Jugend aus den Dörfern und Städten unsers Bezirks Mittelelbe zusammenführte. So standen denn die Beratungen, trotz der schlechten Laune des Wettergottes, im Zeichen der Zukunftsarbeit. Viel Wertvolles wurde gesprochen, und groß ist auch die Fülle der Anregungen, die die Teilnehmer begleiten zur Arbeit an der Sache der Jugend.

Genosse Geese (Quedlinburg) sprach zunächst über die staatlichen Jugendpflege-Organisationen: Sie fußen auf einem Erlaß des Ministers vom 18. Januar 1900. Diese Idee einer Jugendpflege kam den damaligen Staatsmännern durchaus nicht freiwillig. Der Jugend zu helfen, war oft nicht das Maßgebende bei diesem Tun. Der sozialistischen Jugend Abbruch zu tun, dieser das Leben schwer zu machen, war oft die Triebfeder dieser Bemühungen. Das hindert uns jedoch nicht, die Einrichtungen der Jugendpflege uns jetzt nutzbar zu machen. Ueberall sind wir am Werke, die Ausschüsse umzugestalten im Sinne der neuen Notwendigkeiten. Die vom Staate zur Verfügung gestellten Mittel an die richtige, bedürftige Stelle zu bringen, sollten wir nicht versäumen, denn es ist nicht angängig, daß Vereine mit verschwindend wenigen Jugendmitgliedern ganz außerordentliche Mittel beanspruchen, um mit diesen dann kostspielige Bauten auszuführen. Neben den einzelnen Ortsausschüssen müssen wir auch die Kreisausschüsse auf die Bahn fruchtbringender Arbeit bringen. Ueberall muß die Jugend Einzug halten und sich in emsiger Arbeit zur Geltung bringen. Gleichberechtigte Arbeit der Ausschußmitglieder, der ältern sowohl als der jüngern, muß und wird auch Erfolge bringen.

Den Mittelpunkt der Beratungen bildeten die verständnisvollen Ausführungen unsers Genossen Voigt über die Grundlagen des Sozialismus. Daß die Erörterung solcher Fragen einem wirklichen Bedürfnis nach Vertiefung des Wissens entgegenkam, bewies am besten die rege Anteilnahme aller Zuhörer. Den Jungen und Mädeln der Arbeiterschaft, die der Volksschule entwachsen sind, so führte Genosse Voigt aus, ist es schwer gemacht, all das zu erkennen und zu erfassen, was die Wissenschaft über den Sozialismus zu sagen weiß. Trotzdem müssen wir der Jugend gerade diese Gedankenwelt erschließen, und zwar in der Art, die ihr verständlich bleibt. Der Redner schilderte in anregender Art die Entwicklung der Idee des Sozialismus im Wandel der Zeiten. Die Grundgedanken des Marxismus wurden umrissen, die Bedeutung dieses Denksystems für den Befreiungskampf der Arbeiter wurde klargelegt. Die Aufgabe der Jugend ist, die Lehre anzuwenden und im Sinne des Sozialismus zu wirken, wo immer sie steht. Hindernisse für die Entwicklung zu entfernen, Wegbereiter des Sozialismus zu sein.

Den Beschluß der Beratungen bildeten die Worte der Genossin Arning über die Arbeit in den Kindergruppen: Der Gedanke, Kindergruppen zu bilden, ist nicht neu. Schon seit langem sind viele in diesem Sinne tätig bei uns sowohl als auch im Ausland. Besonders bekannt ist die Organisation der Kinderfreunde in Oesterreich. Doch was ist zu tun in diesen Gruppen? Den Kindern den Weg zu guten Freunden zeigen, wird stets ihren Anklang finden. Gute Heime sind Erleichterungen, die wir uns stets verschaffen sollten. Die Arbeit mit den Kindern ist oft voller Schwierigkeiten. Zu deren Ueberwindung sind auch die „Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt" berufen. Vereint sollten die Frauen mit der Arbeiterjugend ans Werk gehen, denn diese Arbeit leisten, heißt eine Pflicht den Kindern gegenüber erfüllen. Gemeinschaftssinn in den Herzen zu wecken, ist eine der Erziehungsaufgaben. Edlere, bessere Menschen heranwachsen zu lassen, das ist höchster Sinn unsrer Arbeit in den Kindergruppen.

Mit neuem, frohem Mute, den Kopf voller Pläne, so ging's dann, nachdem ein Lied verklungen war, der Heimat zu. -oi-

*

Sozialistischer Arbeiterjugendbund Groß-Magdeburg.

Gedenkfeier für die Toten der Republik am Sonnabend abend ½8 Uhr im „Klosterbergegarten". Anschließend Fackelzug. Keiner darf fehlen. Eintritt 600 Mark. — **Musiker** (Geigen, Klampfen, Flöten) werden von den Wilhelmstädtern zu einer Probe in der „Unterwelt" heute Freitag 8 Uhr gebeten. — **Werbebezirk Mitte.** Sonntag früh 7 Uhr Alter Markt zur Fahrt ins Blaue. — **An alle.** Die Wilhelmstädter laden jetzt schon zu ihrem Hans-Sachs-Abend am 1. Juli im kleinen „Hofjäger"-Saal ein. Karten bei allen Funktionären. — **Alte Neustadt.** Sonntag 7 Uhr früh Treffen Handelshafen zur Fahrt. **Engere Hauptvorstandssitzung** am Montag ½8 Uhr Georgenplatz 10. — **Sudenburg.** Sonnabend 7 Uhr Treffen am „Eiskeller" zur Feier im „Klosterbergegarten". —

Volkssport.

Fußball am Sonntag.

Bauender Verein	Gegner	Spielart	Spielplatz	Zeit
Wacker Neuhald. I	Sturm 07 Mgdb. I	Gesellschaftsfp.	Neuhaldensleb.	3.30
V. f. L. I	Wacker I Förderst.	„	Domplatz	3.00
„ II	„ II „	„	„	1.30

Fußball.

Magdeburger Ballspielklub I gegen Eintracht Magdeburg-Süd I (1 : 1, 0 : 1). Die Buckauer traten mit reichlich Ersatz an. Torwart, Verteidiger und Läufer waren gut, während der Sturm in der ersten Hälfte des Spieles vollkommen versagte. Ein Verständnis war nicht zu finden. Von den Stürmern war die Mitte am besten. M. B.-K. war vom Spiele gegen Turner Burg nicht wieder zu erkennen. Eintracht kam mit der alten Mannschaft heraus. Die Verteidigung war ballsicher. Das absichtliche Abseitsspielen ist zu tadeln, ebenso das harte Spiel einzelner Leute.

In der ersten Spielzeit hält Eintracht trotz Gegenwind das Spiel offen und ist ständig im Angriff, kann aber die Verteidigung nicht überwinden. Einen für Eintracht durch Hand verwirkten Elfmeter, welcher ein Tor verhütete, lenkt der Torwart über die Latte. Ecke bleibt aus, die 22. Minute bringt das erste Tor. So werden die Seiten gewechselt.

M. B.-K. ist in der zweiten Zeit besser. Der Mittelstürmer arbeitet hierbei gut. Die Schwächeperiode von Eintracht nutzt der Gegner aus. Nach vieler Mühe kann der Mittelstürmer mit dem Ball ins Tor laufen und somit den Ausgleich erzielen. Dies Resultat bleibt bis Schluß. Ecken 0 : 6. Der Schiedsrichter hatte keinen guten Tag. —

Sonderzüge zum Bezirksturnfest.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle Teilnehmer, welche Sonnabend fahren, den Sonderzug 5.15 Uhr (Bahnsteig 5) ab Magdeburg benutzen müssen. Für diesen Zug können Sonntagskarten gelöst werden. Für die Rückfahrt von Burg nach Magdeburg ist der Sonderzug 1.30 Uhr Sonntag nacht ab Burg zu benutzen. Am Sonntag früh kommt der Zug 5.57 Uhr in Frage, die Eisenbahndirektion läßt diesen Zug ausnahmsweise an diesem Tage fahren. Auch am Sonntag früh können natürlich Sonntagskarten gelöst werden. Wir empfehlen im übrigen, die Fahrkarten vereinsweise zu lösen, dadurch kann der Verkehr wesentlich erleichtert werden.

Der Verkehrsausschuß. J. A.: Ferl.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Nach einer Pause von 3 Jahren trat das Parlament der deutschen Arbeitersänger am 17. Juni in den „Stadthaussälen" zu Erfurt zusammen. Der Bericht der Mandatprüfungskommission stellt die Anwesenheit von 42 Delegierten aus 29 Gauen des Bundes fest, nicht vertreten sind die Gaue Danzig, Oberschlesien, Mecklenburg und Pfalz. Die äußere Aufwärtsentwicklung des Bundes zeigt sich in der Zunahme der Mitgliederzahl. Der Bund umfaßte im April zusammen 263 669 Mitglieder (darunter 34 709 Frauen) in 3732 Männer-, 743 gemischten und 691 Frauenchören. Das Mehr an Männerchören gegen 1920 beträgt 1556, an gemischten Chören 241, an Frauenchören 390 Vereine. Die Chormeister-Kurse in der Staatl. Hochschule in Berlin haben gute Ergebnisse für den Arbeitergesang gezeitigt. Das 1321 erlassene Preisausschreiben brachte 750 Kompositionen, von denen 45 zum Ankauf gelangten. Der Berichterstatter wandte sich scharf gegen die den Vereinen auferlegte Vergnügungssteuer. Die Beitragsfrage muß eine Regelung erfahren, die eine gesunde Weiterentwicklung des Bundes verbürgt. Während der verflossenen dreijährigen Geschäftsperiode betrug der Bundesbeitrag einschließlich der Extrasteuer nur 29,05 Mk. Die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung" muß ausgebaut werden. Die Generalversammlung nahm die Berichte der Liederprüfungs- und Kontrollkommission entgegen.

In der Aussprache über die Vorstandsberichte traten zum Teil scharfe Gegensätzlichkeiten zu der Haltung der Bundesleitung in organisatorischer, taktischer und künstlerischer Hinsicht hervor.

Die Beratung der eingegangenen Anträge, die vorher eine Sonderkommission beschäftigt hatten, nahm den größten Teil des zweiten Verhandlungstags in Anspruch. Den Kernpunkt der Erörterungen bildeten die Beitragsfrage, die „Arbeiter-Sängerzeitung" und die Versorgung der Bundesvereine mit Liedermaterial. Eine weitere Reihe von Anträgen galt dem organisatorischen Ausbau und den kulturellen Aufgaben des Bundes. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, daß der Zentralvorstand alljährlich je ein obligatorisches Lied für die drei Chorgattungen, Männer-, Mischchor und Frauen-, herauszubringen habe. Ein weiterer Beschluß macht es sämtlichen Bundesvereinen zur statutarischen Pflicht, auf je 50 Mitglieder mindestens ein Exemplar der Sängerzeitung zu abonnieren. Einstimmig wurde ferner beschlossen, den Bundesbeitrag auf monatlich 50 Mark für jedes aktive Mitglied zu erhöhen. Die Herausgabe eines Bundesliederbuches soll den Vorstand beschäftigen. Einer Anregung des Berliner Volkschors, eine zentrale Vermittlungsstelle zum Austausch großer Chorwerke zu schaffen, wurde stattgegeben. Zur Hebung und Förderung der Musikkultur innerhalb des A.-S.-B. soll ein dreiköpfiger künstlerischer Beirat eingesetzt werden. Für die Drucklegung und Herausgabe neuer Kompositionen soll ausschließlich der Bundesvorstand zuständig sein. Die Wahl der Bundesleitung hatte zum Ergebnis, daß Meyer und Fehsel (Berlin) als gleichberechtigte Vorsitzende amtieren sollen, für die Kassengeschäfte wurde Kaiser bestimmt. Die Kontrollkommission behält ihren Sitz in Leipzig, als Vorsitzender wurde Otto Schmidt wiedergewählt, auch die Liederprüfungskommission bleibt bis auf einige Ergänzungen die alte. —

Mitteilungen der Sportvereine.

Wacker Neuhaldensleben I gegen Sturm 07 Magdeburg I. Sonntag weilt Sturm 07 Magdeburg in Neuhaldensleben und wird sich auf dem Gänseanger mit Wacker messen. Sturm, eine sehr gute Mannschaft, wird tadellosen Sport zeigen. Neuhaldensleben hat alles daranzusetzen, um ehrenvoll abzuschneiden. Spielbeginn 3.30 Uhr. Vorher und nachher Spielen der untern Mannschaften. —

F.-K. Eintracht Wolmirstedt gegen Wacker Felgeleben. Am Sonntag stehen sich in Wolmirstedt Wacker Felgeleben mit drei Mannschaften und F.-K. Eintracht gegenüber. Da Wacker schon schöne Spiele gezeigt hat und in guter Form ist, ist das Spiel zu empfehlen. —

Sportnotiz.

Ringkampf-Konkurrenz im Hofjäger. Am Donnerstag siegte Weltmeister Schneider (Sachsen) über Motny (Polen) in einer Gesamtzeit von 15,58 Minuten. Als zweites Paar kämpften unentschieden Tornon (Estland) gegen Siegfried II (Ostpreußen). Sauerer (München) legte seinen Gegner Opitz (Weimar) in 12,10 Minuten auf beide Schultern. Am Freitag ringen: Schulz (Flensburg) gegen Opitz (Weimar), Schneider (Sachsen) gegen Siegfried II (Ostpreußen). Goksch (Deutschamerikaner) gegen Voigt (Breslau). —

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 1300 Mark, aufgenommen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Bezirk. Die Turnerinnen zum Turnfest Stäbe mitbringen. [215

Arbeiter-Stenotachygraphenbund, Ortsgruppe Magdeburg, beginnt am Montag den 25. Juni in der weltlichen Schule Sudenburg, Braunschweiger Straße, am Donnerstag den 28. Juni in der 1. Bürgerknabenschule, Große Schulstraße, abends 7 Uhr mit neuen Lehrkursen. [209

Arbeiter-Schachklub Magdeburg. Jeden Sonnabend Uebungsabend bei Lüchtefeld Knochenhauerufer und Dienstag im Franke-Heim, Buckau. [123

Benneckenbeck. Freie Turner. Freitag abend 8 Uhr **Mitgliederversammlung.** Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Groß-Ottersleben. Mieterverein. Montag den 25. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in den „Hansa-Festsälen". [216

Klein-Ottersleben. Freie Turner. Freitag, 22. Juni, wichtige Zusammenkunft.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse. (Amtliche Notierungen vom 21. Juni.)

Produkte	50 Kilogramm Mark	Produkte	50 Kilogr. Mark†
Weizen, märkischer	225000—228000	Roggenkleie*)	90000—91000
Weizen, mecklenburg.	—	Raps*)	—
Weizen, pommerscher	—	Leinsaat*)	—
Roggen, märkischer	160000—162000	Viktoria-Erbsen	235000—240000
Roggen, schlesischer	—	Kleine Speiseerbsen	195000
Roggen, pommerscher	—	Futtererbsen	155000
Roggen, ostpreußischer	—	Delschken	145000—150000
Roggen, westpreußisch.	—	Ackerbohnen	145000
Gerste, märkische	165000—170000	Wicken	165000—175000
Hafer, schlesischer	145000	Lupinen, blaue	160000—165000
Hafer, märkischer	150000—155000	Lupinen, gelbe	200000—225000
Hafer, pommerscher	—	Seradella	255000—265000
Mais (ab Berlin)	—	Rapskuchen	145000
o. Provenienzangabe	—	Leinkuchen	—
Mais (ab Hamburg)	178000—180000	Trockenschnitzel	40000—50000
Weizenmehl, 100 kg	590000—660000	Kartoffelflocken	98000—100000
Roggenmehl, 100 kg	455000—495000	Vollw. Zuckerschnitzel	70000—75000
Maismehl*)	—	Torfmelasse	—
Weizenkleie*)	88000—90000	30 bis 70 Prozent	54000—56000

*) 50 Kilogramm brutto Sack. †) Ab einschl. Station.

Die nichtamtlichen Rauhfutter-Notierungen pro 50 Kilogramm ab Station im Großhandel lauteten: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 30000—32000 Mk., Haferstroh do. 27000—31000 Mk., Gerstenstroh — — — Mk., Roggen- und Weizenstroh bindfadengepreßt — — — Mk., Roggenlangstroh 28000—30000 Mk., Krummstroh, lose und gebunden — — — Mk., Häcksel — — — Mk., Wiesenheu handelsübliche Ware 25000—27000 Mk., gutes Heu 28000—30000 Mk. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

	Elbe.		Fall	Wuchs		Mulde.		Fall	Wuchs
Pardubitz	21. 6.	—	—	—	Dölben	21. 6.	—	—	—
Brandeis	„	—	—	—		Saale.			
Melnik	„	—	—	—	Grochlitz	22. 6.	+ 1,58	—	—
Leitmeritz	„	—	—	—	Tretha Ktp.	„	+ 2,44	—	—
Aussig	22. 6.	—	—	—	Bernburg Ktp.	„	+ 1,58	0,16	—
Dresden	„	—	—	—	Kalbe Oberpeg.	„	+ 1,78	0,02	—
Torgau	„	+ 1,22	—	0,78	Kalbe Unterpeg.	„	+ 1,33	0,05	—
Wittenberg	„	+ 1,98	—	—	Grizehne	„	+ 1,35	0,05	—
Roßlau	„	+ 1,47	—	0,20		Havel.			
Aken	21. 6.	—	—	—	Brandenburg Oberpegel	21. 6.	+ 2,00	0,04	—
Barby	„	+ 1,76	—	0,20	Brandenburg Unterpegel	„	+ 1,00	—	0,02
Magdeburg	22. 6.	+ 1,36	—	0,18	Rathenow Oberpegel	„	+ 1,44	—	—
Tangermünde	„	+ 1,84	—	—	Rathenow Unterpegel	„	+ 0,46	—	—
Wittenberge	„	+ 1,64	—	—	Havelberg	„	+ 2,09	—	—
Lenzen	„	—	—	—					
Dömitz	„	—	—	—					
Darchau	„	—	—	—					
Boizenburg	21. 6.	—	—	—					
Lohnstorf	22. 6.	+ 1,05	—	—					

Wettervorhersage.

Sonnabend den 23. Juni: Meist bewölkt, etwas wärmer, stellenweise noch geringer Regen. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Konsumvereins-Mitglieder

stützt eure Genossenschaft, zahlt ein auf eure

Geschäftsanteile

In jeder Verteilungsstelle könnt ihr es tun.

Was ist Feurio?

Feurio ist der uralte Feuerruf, bedeutet Gefahr. Ihre Wäsche leidet mehr durch häufiges Waschen mit scharfen Waschmitteln als durch den Gebrauch. Verwenden Sie daher nur hochwertige Seifen, die frei sind von schädlichen Alkalien. Feurio Haushaltseife enthält 30% Fett, schont daher die Wäsche und ist sparsam im Gebrauch.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

Parkrestaurant Klosterberge-Garten
Großer Naturpark — Konzert- und Ballsäle
Eigene Konditorei
Fernsprech-Anschluß Nr. 558
Größtes Unternehmen dieser Art in der Provinz

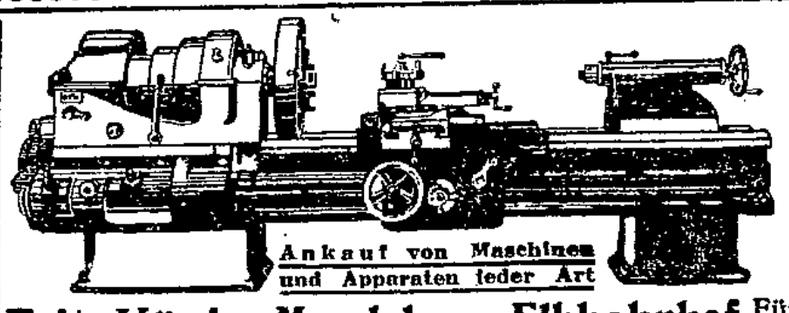
Restaurant „Zum Bodensteiner"
mit Hackepeter-Betrieb — Breiteweg 168
Eigene Schlächterei mit elektrischem Betrieb
Fernsprech-Anschluß Nr. 2173

Fest- u. Ausstellungshallen-Restaurant
Wilhelm-Kobelt-Straße
Wein- und Likör-Abteilung — Helle und dunkle Biere
ff. Küche
Größtes Unternehmen dieser Art in der Provinz

Inhaber: Karl Büchner

Stephan Gehrmann
Medizinisches Spezialhaus
Himmelreichstr. 23 — Himmelreichstr. 23
Eigne Werkstätte — Fachmännische Bedienung
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Adobe-Schokoladen und Zuckerwaren
Günstige Bezugsquelle f. Wiederverkäufer
Adolph Behrendt
Bismarckstrasse 11
Fernspr. 6870—72



Werkzeug-Maschinen
gebraucht — neu
Ständige Ausstellung in der Maschinenhalle (Elbbahnhofgelände).
Ankauf von Maschinen und Apparaten jeder Art
Fritz König, Magdeburg-Elbbahnhof Fürstenufer 24 Tel. 2696 und 7948

Heinrich Casper, Breiteweg 133
Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung
in Qualität und Paßform unübertroffen

Schokoladen Spezialität: Ruthima-Pralinentafel.
Jede Tafel mit vier verschiedenen Füllungen
Großer Schlager
Bezug für Wiederverkäufer durch
Ruthima-Schokoladen- u. Zuckerwaren-Fabrik
Rudolf Thiel. Kontor: Hasselbachstr. 6

Wollen Sie gute **Landwurst** essen, dürfen Sie die Adresse nicht vergessen
Willi Heldt, Berliner Str. 14.
Täglich frisch:
Molkerei-Butter — Eier — Soleier

C. A. Stahl, Magdeburg, Berliner Str. 8
Lebensmittel-Großhandlung
Fleischwarenfabrik • Käsefabrik
Generalvertreter d. Margarinefabr. Mohr & Co., Hamburg
Berliner Straße 8 — Fernsprecher 2203 u. 7048

Herren- und Damen-Kleidung
Unser Grundsatz: Gut und billig!
Breiteweg 15
Ecke Bärstraße
DIE KLEIDUNG DER NEUZEIT
Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H. Paul & Co.

Gute und preiswerte
Stoffe
kaufen Sie bei
Tuch-Kärgel
Walter-Rathenau-Str. 64.

Zöpfe in allen Farben voll und griffig
Alle modernen Haararbeiten in großer Auswahl
Albert Schwieger, Spezialgeschäft für Haare —
Jakobstrasse 48
Gegründet 1878 — Nähe Alter Markt

D. Schlein • Möbel • Alte Ulrichstraße Nr. 14/15

Schuhhaus Wilhelm Berlin
Alter Markt 28

Tuchhaus
E. Hünersen
Verkauf von noch sehr preiswerten
Keine Valutapreise **Stoffen** Keine Valutapreise
Elegante Maßanfertigung zu soliden Preisen. Prima Futter-Zutaten!
Annahme von Reparaturen Wenden von Anzügen und Aenderungen!
Regierungstr. 14
am Bärplatz

Sämereien bester Erfurter und Quedlinburger Züchter **H. O. Lübeck** Samenhandlung, Hasselbachstr. 3.

Ohne Gewähr — **F-Seite** — Musterschutz
Geschäftliche Rundschau
mit Dauerfahrplan
Abfahrt der Züge vom Hauptbahnhof Magdeburg:

Braunschweig-Hannover (V): 12^{24} (D), 12^{24} (D), 5^{35}, 6^{37} (Ez), 9^{20}, 12^{52} (D), 3^{54}, 6^{12} (D), 7^{14}.
Braunschweig-Hameln (V): 12^{14}.
Braunschweig-Seesen (V): 2^{08}.
Braunschweig (V): 12^{14}, 2^{06}, 1^{25}
Eilsleben (V): 4^{40} (W), 11^{20} (b. Schöningen).
Berlin (IV): 4^{32}, 5^{36} (D), 6^{50} (D), 7^{05} (D), 8^{55}, 10^{55}, 1^{16} (D), 5^{05}, 5^{38} (D). 7^{10} (Ez), 8^{25} (D), 8^{32}, 9^{20}.
Burg (IV): 5^{57} (W), 11^{57} (b. Gerwisch), 2^{15}, 4^{25} 6^{42}, 11^{42} (b. Genthin).
Loburg (IV): 7^{49}, 1^{00}, 9^{12}.
Zerbst-Leipzig (IV): 5^{52}, 7^{30} (Ez), 9^{49}, 1^{38}, 3^{58}, 7^{45}, 11^{20} (b. Dessau).
Gommern (IV): 4^{55}.
Halle-Leipzig (II): 4^{03}, 7^{00} (D), 7^{52}, 10^{36}, 11^{07} (D), 1^{30}, 4^{20}, 6^{10} (D), 7^{35}, 9^{12} (D).
Köthen (II): 12^{05}.
Groß-Salze-Elmen (II): 5^{40} (W), 6^{35} (W), 12^{18} (W), 1^{45} (W), 2^{36} (S), 9^{30}.
Güsten-Erfurt (II): 3^{15}, 7^{40}, 12^{40}, 4^{30}.
Güsten (II): 4^{10}, 9^{15}, 10^{12} (D), 2^{50} (W), 3^{59}, 4^{53}, 6^{30} (b. Aschersl.), 10^{35}.
Kreiensen-Frankfurt a. M. (III): 12^{06}.
Blumenberg-Staßfurt (III): 3^{58}, 5^{47}, 7^{50}, 3^{05}, 4^{50} (W), 6^{41} (S).
Thale (III): 5^{50} (S), 6^{20}, 9^{13}, 12^{15}, 3^{38}, 7^{10}.
Halberstadt-Seesen (III): 9^{53}, 1^{15} (Ez Harzb.), 1^{42} (D), 11^{30} (Halberst.).
Wittenberge (I): 5^{55}, 8^{48} (D), 6^{10}, 11^{20}.
Wolmirstedt (I): 5^{10} (W), 6^{50} (W). 4^{53} (W), 6^{35} (S).
Oebisfelde (I): 6^{20}, 8^{54}, 1^{24}, 4^{40}, 8^{32}.
Stendal-Uelzen (I): 9^{24}, 1^{15} (b. Stend.), 3^{47}, 7^{05} (D).
Neuhaldensleben (I): 3^{25} (W), 12^{10}.

Otto Moeltzner
Tränsberg 5 **Magdeburg** Telephon 864
Rohprodukten-, Eisen- und Metall-Großhandlung

Taubmann & Glasner
Ankauf von Altmetallen, Alteisen
nur en gros
Grosse Storchstrasse Nr. 6

J. Schächter & A. Wiesner
Neustädter Straße 11 — Telephon 3863 (Privat 5885)
Weiß- und Wollwaren, Berufsbekleidung
en gros — en gros

Kaufe
Alteisen, Altmetalle, Lumpen, Papier, Felle, Flaschen
M. Gleitmann, Grünstraße 4
Telephon Nr. 5293 — Telephon Nr. 5293

E. Händler, Gr. Storchstr. 6
Ankauf von **Altmetallen, Alteisen**
Nur en gros

Wahnsinn ist es, wenn Sie Ihre Büromaschinen nicht durch den Fachmann
Ludwig Haase, Magdeburg, „Bürobedarfshaus zum Schwibbogen"
herrichten lassen. Durch Fernruf 2071 erhalten Sie jede gewünschte Auskunft.

J. Händler & Panzer
Rohprodukte jeder Art
Spezialität: Lumpen und Papier
Fernruf Nr. 7487 — Altes Fischerufer 42

Vertrieb der **RADEBERGER HUTFABRIK** G. m. b. H.
Fernsprecher 2099 **MAGDEBURG** Himmelreichstr. 11
Größtes Spezialhaus f. Damen- u. Kinderhüte

Schuhvertrieb Rheingold
Otto-von-Guericke-Straße 12
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten Schuhwaren

Hühneraugen Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos **Kukirol** In vielen Millionen Fällen glänzend bewährt. — In Apotheken und Drogerien erhältlich. Gegen Brennen, Fußschweiß u. Wundlaufen Kukirol-Fußbad.

Gold-, Silber-, Platin-, Dublee-
Bruch und Gegenstände
Gebisse — Brillanten
kauft zu höchsten Preisen
A. Sänger, Juwelier
Wilhelmstrasse 17.

Paul Behrendt & Co.
Alteisen — Metalle
Wilhelmstadt: Ebendorfer Str. 47 Fernspr. 4924
Sudenburg: St.-Michael-Str. 27 Fernspr. 3252

Zweigniederlassung Magdeburg, Fürst-Leopold-Str. 3, Fernsprecher 9328
— Stammhaus — Erfurt, Elisabethstraße 5, Fernsprecher 660
Zweigniederlassung Hannover, Lutherstraße Nr. 19a, Fernspr. Süd 8656
Heinicke & Köhler G. m. b. H.
Papier-Großhandlung

Wir kaufen laufend gegen sofortige Kasse von Industrie, Handel und Gewerbe
Metalle, Altmetalle Rückstände
Wilhelm Schul & Co.
Fürstenstraße 24
Telegramm-Adresse: Metallhandel — Fernsprecher: 1659, 9279, 9133

Alte Taschenuhren
Gold- und Silber-Bruch
Platin, Dublee
kauft höchstzahlend
Bartsch, Lüderitzstraße 11, III 4. Haus vom Breiteweg.
Kein Laden. — Kein Laden

Kohane & Freund
Rogätzer Straße Nr. 21
neben der Gasanstalt
Höchstzahlende Ankaufsstelle für
Lumpen, Eisen, Metalle
usw. usw.

Reeller Ankauf
von
Gold-, Silber-, Platin-, Dublee-Bruch
Quecksilber
F. Strzelczyk, Goldschmied
Scharrnstr. 3 und Apfelstr. 13

Bosch-Hörner
liefern wir sofort ab unserm Lager Magdeburg
Gummikappert

Paul Scheller
Fürstenufer Nr. 6
Telephon 9279 — Telephon 9279
Elektromotoren.

Gegenstände aus
Gold, Silber, Platin, Dublee
kauft zu reellen Tagespreisen
G. KROPP
Silberwarenfabrik,
Krumme Fallbogen 12, 2 Minute von der Himmelreichstraße. — Telephon Nr. 9396.

Ich zahle jeden Preis
für neue und gebrauchte Röcke, Laken, Hemden, Handtücher und Tischtücher, Herren- u. Damen-Garderobe, Federbetten, Uniformen, Schuhe, Stiefel und Teppiche
Gruner, Margarethenstraße 7
— Fernsprecher 2844 —

Adolf Mannes
Magdeburg-Wilhelmstadt
Goethestraße 12 — Fernruf 4016 und 6489
Alteisen, Nutzeisen, Metalle, Maschinen

Steinkohlenteeröle für Heizzwecke und Dieselmotorenbetrieb, Karbolineum, Teerprodukte jeder Art liefert vorteilhaft ab Werk
Ring-Kompanie G.m.b.H.
Magdeburg, Breiteweg 134
Fernruf 1411 u. 6460 — Fernruf 1411 u. 6460
Drahtanschrift: Ringkompanie

Fabrik- u. chemische Reinigungs-Anstalt
Annahmestellen in allen Stadtteilen
Albert Karutz
Abholung u. Zustellung kostenl. Fernsprecher 3791, 1881

Karl Großpötsch Otto-von-Guericke-Straße 4 Fernsprecher 4951
Technisches Installations-Geschäft, elektrische Licht-, Kraft-, Klingel- und Telephonanlagen, Wasser- und Warmwasser-Anlagen, elektrische Hauswasserversorgung.

Abzeichen Stempel, Schilder
Schwarz & Rusch
Leiterstr. 9 — Tel. 6195

Julius Wolff
Kantstrasse 4
Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe

Hermann Förster
Schillstraße 2 — Telephon 1796 und 663
Sack- und Planenfabrik
Säcke und Planen kauf- und leihweise

Otto Pfannschmidt vorm. Hans Randel
Leiterstraße 15. — Fernruf 4960.
Fahrräder. Nähmaschinen. Bereifung. Ersatzteile